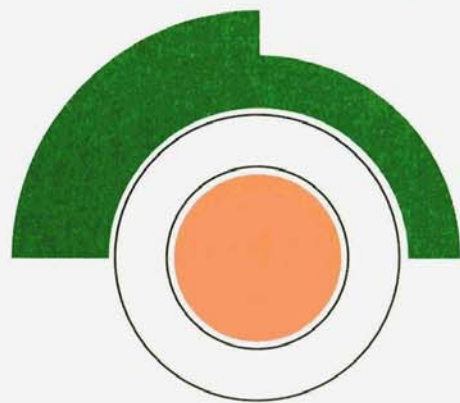


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 5



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 29. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 24.3.1998

## WORT UND WIDERWORT

### Ist bedarfsdeckender Unterricht für Referendare zumutbar ?

Die Anrechnung des selbständigen Unterrichts zähle zu den Maßnahmen des mittelfristigen Konzeptes, mit dem bei steigenden Schülerzahlen und sinkenden Einnahmen die Unterrichtsversorgung gesichert werde. Auch ausbildungskonzeptionell seien die stärkere Orientierung der Ausbildung am Schulalltag und an der Schulpraxis richtig und notwendig. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Manfred Degen**. Der CDU-Abgeordnete **Bernhard Recker** betont, der selbständige Unterricht von Lehramtsanwärtern sei unverzichtbarer Bestandteil einer praxisbezogenen Lehrerausbildung. Er dürfe jedoch nicht zu Lasten der Unterrichtsqualität und damit zu Lasten der Schüler gehen. Diese Gefahr sei besonders gegeben, wenn der selbständige Unterricht zur Erwirtschaftung von Lehrerstellen genutzt werde. Die GRÜNE-Abgeordnete **Brigitte Schumann** stellt klar, als ausgesprochen unproduktiv für einen ehrlichen Umgang bewerte man die Tatsache, daß die Notmaßnahme des bedarfsdeckenden Unterrichts als Reformprojekt deklariert werde. Dem arbeitsmarktpolitischen Schaden durch Ausgrenzung von Lehrern und Lehrerinnen aus dem Erwerbsleben begegne man jetzt schon mit Teilzeitangeboten. (Seite 2)

## Landtag gedachte des verstorbenen Abgeordneten

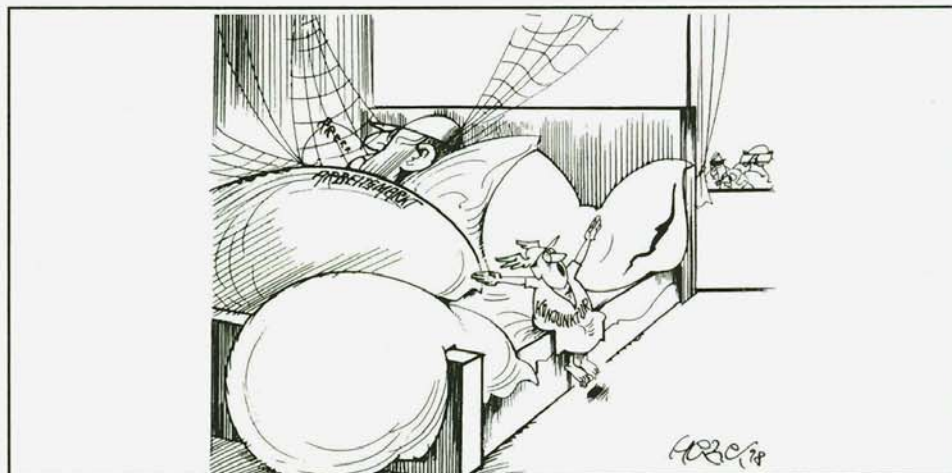
### Giltjes war politisches Multitalent

Ein letzter Blumengruß an seinem Abgeordnetenplatz erinnerte an ihn. Am 15. Februar war Norbert Giltjes (CDU) nach langer, schwerer mit großer Tapferkeit ertragener Krankheit gestorben. Der Landtag gedachte am vergangenen Mittwoch des Parlamentariers.

Landtagspräsident Ulrich Schmidt erinnerte daran, Norbert Giltjes habe sein Mandat bis zuletzt mit bewundernswerter Energie ausgeübt. „Sein Tod erfüllt uns mit großer Trauer und tiefem Schmerz.“

Der Präsident fuhr fort, der Abgeordnete habe dem Landtag seit 1990 angehört. Er sei Mitglied im Hauptausschuß, im Ausschuß für Schule und Weiterbildung sowie im Ausschuß für Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit gewesen. Als europa- und später schulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion habe er viele Initiativen auf den Weg gebracht. Vor allem die Zukunftschancen der jungen Menschen in NRW seien ihm dabei ein besonderes Anliegen gewesen. In der Bildungspolitik habe er sich für die Schule und ihre Weiterentwicklung engagiert.

Schmidt schloß, der Niederrheiner Norbert Giltjes werde als ein politisches Multitalent in Erinnerung bleiben. Nicht nur im Parlament hinterlasse er eine schmerzliche Lücke. „Unser Mitgefühl gehört seiner Frau und seinen beiden Kindern.“



Frühlingserwachen

## Die Woche im Landtag

### Castor

Besorgt über die Gewaltbereitschaft im Zusammenhang mit dem Castortransport äußerten sich die Fraktionen und der Innenminister. (Seite 4)

### Euro

Kleine und mittlere Unternehmen im Land haben noch Schwierigkeiten, sich auf die Einführung des Euro vorzubereiten. (Seite 5)

### Tourismus

Über Verkaufsauswirkungen in der Tourismusbranche auf den Standort NRW hat WestLB-Chef Neuber im Wirtschaftsausschuß berichtet. (Seite 9)

### Radio

Über das Verhältnis zwischen radio NRW und den Lokalfunkstationen hat sich der Hauptausschuß in Oberhausen informiert. (Seite 10)

### Aufsehen

Bundesweit sorgt für Aufsehen, daß die Fachhochschule (FH) Rhein-Sieg frauengericht ausgebaut werden soll. (Seite 11)

### Zollbereich

Bundesweit ist der Zollbereich seit 1990 um 300 Ämter reduziert worden. Auch die Strukturen der Landesbehörden sind davon tangiert. (Seite 12)

## WORT UND WIDERWORT

# Lehrerausbildung braucht die Praxis im Unterricht

Von  
Manfred Degen

Unterricht unter Anleitung erfahrener Lehrkräfte gehört selbstverständlich auch zukünftig zur Ausbildung im Vorbereitungsdienst.

Selbständiger Unterricht wird maßvoll ausgeweitet und teilweise auf den Bedarf der Schule angerechnet.

Die Anrechnung des selbständigen Unterrichtes zählt zu den Maßnahmen des mittelfristigen Konzeptes, mit dem wir bei steigenden Schülerzahlen und sinkenden Einnahmen die Unterrichtsversorgung sichern.

In Nordrhein-Westfalen bleiben alle Lehrstellen erhalten. Allein in dieser Legislaturperiode werden wir 20 000 junge Lehrerinnen und Lehrer einstellen.

Allerdings: Zusätzliche Stellen sind unter den dramatischen finanzpolitischen Bedingungen nicht zu finanzieren. Deshalb ist die Behauptung, der bedarfsdeckende Unterricht verschlechtere die Einstellungschancen, schlicht falsch. Die Alternative wäre eine zusätzliche Erhöhung der Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte. Auch ausbildungskonzeptionell sind die

Von  
Bernhard Recker

Der selbständige Unterricht von Lehramtsanwärtern ist unverzichtbarer Bestandteil einer praxisbezogenen Lehrerausbildung. Angesichts der immer komplexer werdenden Lehr- und Erziehungsaufgaben an unseren Schulen muß künftigen Lehrern die Chance gegeben werden, frühestmöglich praktische Erfahrungen zu sammeln und schrittweise in Verantwortungen hineinzuwachsen.

Der selbständige Unterricht darf jedoch nicht zu Lasten der Unterrichtsqualität und damit zu Lasten der Schüler gehen. Diese Gefahr ist besonders gegeben, wenn — wie jüngst durch die nordrhein-westfälische Landesregierung geschehen — der selbständige Unterricht zur Erschaffung von Lehrstellen genutzt wird. Qualitätssicherung muß immer Vorrang vor haushaltspolitischen Zwängen haben. Bedarfsdeckender

Von  
Brigitte Schumann

Im Juni 1996 haben die beiden Koalitionsfraktionen sich auf ein mittelfristiges Konzept zur Sicherung der Unterrichtsversorgung verständigt und in dem Zusammenhang den bedarfsdeckenden Unterricht beschlossen. Angesichts der haushalts- und finanzpolitischen Notsituation des Landes und der drohenden Versorgungslücke von ca. 9 000 Stellen bis zum Jahr 2000 war die zentrale Fragestellung für die GRÜNEN komplexer und schwieriger als die im Titel angesprochene Frage nach der Zumutbarkeit. Zu fragen war und ist aus grüner Sicht: Wie können die finanzpolitisch erzwungenen, unvermeidbaren Notmaßnahmen so schul- und ausbildungsvertraglich wie möglich für alle davon Betroffenen gestaltet werden? Wie können die negativen arbeitspolitischen Effekte kompensiert werden? Diesem Hintergrund wird die Polemik der CDU, die den bedarfsdeckenden Unterricht zur unbeherrschbaren Katastrophe herbeireden will, nicht gerecht. Sie ist als Versuch zu bewerten, in demagogischer Absicht Punkte zu machen bei den von der Maßnahme betroffenen Personengruppen. Dabei zeigt sie selber keine realistischen Alternativen für die LehrerInnenversorgung auf.

Die CDU blendet zudem gezielt aus, daß in konservativ regierten Bundesländern, z. B. in

### SPD: Sogar die CDU-Opposition war ohne Wenn und Aber dafür

stärkere Orientierung der Ausbildung am Schulalltag und an der Schulpraxis richtig und notwendig — genauso wie die stärkere Einbindung der Schule in die Ausbildung. Referendare und Referendarinnen werden zu dem, was sie sind: angehende Lehrerinnen und Lehrer.

Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter haben bei Aufnahme eigenverantwortlicher Unterrichtstätigkeit ein komplettes Hochschulstudium und bereits ein Viertel ihrer praktischen Ausbildung absolviert. Der Vorwurf, der Unterricht von Referendarinnen und Referendaren sei eine Gefahr für die Qualität des Unterrichts, ist geradezu absurd. Das belegen auch die Erfahrungen in anderen Bundesländern, wo bedarfsdeckender Unterricht bereits langjährige Realität ist, in Bayern z. B. in weit größerem Umfang.

Übrigens: Bei der Verabschiedung des mittelfristigen Konzeptes hat es über den bedarfsdeckenden Unterricht auch keinen politischen Streit gegeben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben zugestimmt. Die CDU hat in einem eigenen Antrag die Einführung des bedarfsdeckenden Unterrichtes gefordert. Ihr Generalsekretär hat sich in der Landtagsdebatte ohne Einschränkungen und ohne jedes Wenn und Aber dafür ausgesprochen. Die jetzt von der CDU aufgestellten Behauptungen entlarven sich damit als opportunistische Ausreden, mit denen sie sich nachträglich an Proteste anhängen möchte.

### CDU: Rahmenbedingungen müssen stimmen

Unterricht ist deshalb nur dann für die Betroffenen, also Referendare und Schüler — zumutbar, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Dazu muß die katastrophale Lage an den Hochschulen und Studienseminaren in NRW durch eine wirksame Reform beendet werden: Das Lehramtsstudium muß durch eine bessere Ausstattung der Universitäten aufgewertet werden. Während der ersten Ausbildungsphase an den Universitäten müssen praxisrelevante Aspekte neben Fachwissenschaft und Fachdidaktik aufgewertet werden. Schulpraktika und Praktika außerhalb des Bildungsbereichs — etwa in Wirtschaftsbetrieben — sollten während des gesamten Studiums obligatorisch werden. Ein weiterer Schritt zur Bekämpfung der derzeitigen Praxisferne der Lehrerausbildung betrifft die Seminare. Deren Größe und Ausstattung müssen ebenso wie die Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen für Seminar- und Fachleiter am tatsächlichen Bedarf orientiert werden. Wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, sollten Referendare — nach Abstimmung mit Schule und Seminar und nicht durch generelle Verordnung — bedarfsdeckenden Unterricht erteilen können.

### GRÜNE: Frage nach Kompensation negativer Effekte

Bayern, der bedarfsdeckende Unterricht nicht nur längst Usus ist und zum Alltagsgeschäft gehört, sondern auch in einem größeren Umfang erteilt wird, als dies in der neuen Rechtsverordnung (OVP) für Nordrhein-Westfalen festgelegt worden ist. Wir sind allerdings der Meinung, daß der Mangel der OVP darin liegt, daß sie explizit und im Detail den Schulen und Studienseminaren verordnet, wie sie sich auf die neue Situation einstellen sollen. Dies ist mit der Botschaft der selbständigen Schule schlecht zu vereinbaren und schränkt flexible Lösungen in den sehr unterschiedlich sich darstellenden Schulorganisationssystemen unnötig ein. Wir sind auch der Meinung, daß es dem erklärten Ausbildungsziel der professionellen Selbständigkeit für die zukünftigen Lehrer und Lehrerinnen nicht entspricht, wenn durch die neue Rolle des Schulleiters und des Ausbildungskoordinators Hierarchiestrukturen im Binnenverhältnis von Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern und Schulen aufgebaut werden.

Als ausgesprochen unproduktiv für einen ehrlichen Umgang bewerten wir die Tatsache, daß die Notmaßnahme als Reformprojekt deklariert wird. Dem arbeitsmarktpolitischen Schaden durch die Ausgrenzung von Lehrerinnen und Lehrern aus dem Erwerbsleben begegnen wir jetzt schon mit Teilzeitangeboten. Diese bedürfen allerdings aus grüner Sicht einer Ausweitung in Richtung Altersteilzeit und einer Verbesserung durch unschädliche Regelungen für die Altersversorgung. Darüber hinaus stellt sich die Frage nach einer sozial gerechten und vertraglichen Umverteilung von Arbeitszeit und Geld für den gesamten Bereich des öffentlichen Dienstes. Diese „heißen Eisen“ haben wir bislang nicht berührt, obwohl die solidarische Umverteilung von Arbeit die Perspektive einer Erwerbsarbeit für alle darstellt.

## Atomülltransporte:

# „Aus Ahaus als Zwischenlager darf keinesfalls Endlager werden“

Als „nicht zu verantwortenden Unsinn“ hat Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) den bevorstehenden Transport von Castor-Behältern mit abgebrannten Brennstäben aus süddeutschen Kernkraftwerken an den Kraftwerken aus. Die CDU warf dem Minister „Heuchelei“ vor: Angesichts der geringen Auslastung von Ahaus gebe es keinen Bedarf für weitere Zwischenlager.



Dr. Katrin Grüber (GRÜNE) forderte angesichts von Testergebnissen der Behälter einen Verzicht auf die Transporte durch den Betreiber. Die Transporte fänden gegen den Willen der Landesregierung statt, „sie sind überflüssig und sie sind eine Provokation, weil die Abfälle aus Bundesländern kommen, die im Konzert der Bundesländer besonders eifrige Befürworter der Atomenergie sind. Aber sie scheren sich nicht darum, daß die Entsorgungsfrage bis heute nicht geklärt ist. Sie verlagern ihren Müll in andere Bundesländer“. Technisch und rechtlich sei es kein Problem, das Material an den Kraftwerkstandorten zu lagern, aber dazu fehle der politische Wille. Sie verlangte einen Ausstieg aus der Atomenergie und Forschungsbemühungen, wie mit dem atomaren Müll umgegangen werden müsse, damit er die kleinstmögliche Gefahr für zukünftige Generationen bilde.

Loke Mernizka (SPD) verlangte bundesweit Konsens über ein Endlager, denn Ahaus dürfe dieses Endlager nicht werden. Wer aus der Atomenergie aussteigen wolle, der müsse die Zwischen- und Endlagerung zulassen. Das sei für die SPD klar, die für den Ausstieg sei und die Meinung vertrete, daß heimische Energieträger plus regenerative Energien die Zukunft in der Stromerzeugung und in der Energieversorgung sind. Dazu brauche man eine vernünftige Diskussion und keine Hysterie.

Dr. Helmut Linssen, Vorsitzender der CDU-Fraktion, hielt den GRÜNEN „schizophrene Argumentation“ vor: Wenn erst der sofortige Ausstieg beschlossen sei, dann ließen sie all das zu, gegen das sie jetzt so nachdrücklich zu Felde zögen: Transporte und Einrichtung eines Endlagers. Ahaus sei von der Landesregierung als Verpflichtung gegenüber den süddeutschen Ländern eingerichtet worden, die Milliarden zur Stützung der Steinkohle beigetragen hätten. Jetzt nehme sich das Land auf einmal unsolidarisch, weil es ein bayerisches Zwischenlager fordere – bei einer Auslastung von zwölf Prozent in Ahaus. Das Land könne sich, die Steinkohlemilliarden im Sack, nicht plötzlich aus der Verantwortung stehlen.

Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) konnte sich an ein Tauschgeschäft

Im Zeichen des Castor-Transports ins Westmünsterland debattierten (v.l.): Dr. Katrin Grüber (GRÜNE), Loke Mernizka und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (beide SPD) sowie Laurenz Meyer (CDU). Fotos: Schälte

Ahaus-Kohlefinanzierung nicht erinnern. Im übrigen habe sich die Lage seit 1979 völlig verändert: Es gebe nicht mehr die Absicht zur großindustriellen Wiederaufarbeitung, und neue Atomkraftwerke in Deutschland seien auch nicht geplant. Bayern und Baden-Württemberg, die so auf die Atomenergie setzten, müßten etwas für die Entsorgung des Atomülls tun; eine weitsichtige Energiepolitik hätte sich schon längst um Zwischenlagerkapazitäten in den Kraftwerken gekümmert. Das Chauffieren von Castor-Behältern quer durch die Republik unter Polizeischutz sei eine „Absurdität sondergleichen“. Derzeit gehe es um die Entsorgung unter den aktuellen rechtlichen Bedingungen. Für die Bürger bestehe kein Anlaß zur Sorge, sie seien durch die Transporte in irgendeiner Weise gefährdet.

Laurenz Meyer (CDU) sagte: „Wer die Atomenergie beerdigen will, der muß wenigstens für die Beerdigungskosten geradestehen.“ Wer aber wie die GRÜNEN Endlager und Zwischenlager verhindern wolle, „der macht Ahaus und Gorleben zum Endlager“.

Klaus Matthiesen, SPD-Fraktionsvorsitzender, hielt den GRÜNEN dasselbe Argument vor. Wer für den sofortigen Ausstieg sei, der müsse sagen, wie er auf andere Weise die nationale Energieversorgung sicherstellen wolle – und könne nicht gegen Atom, Steinkohle und Braunkohle und gegen Endlagerung gleichzeitig sein.

Gerd Mai (GRÜNE) bestätigte, seine Fraktion werde sich „engagiert und verantwortungsbewußt der Aufgabe der Endlagerung stellen, wenn es einen eindeutig abgesicherten Fahrplan für den Atomausstieg in Deutschland gibt“.

Minister Wolfgang Clement (SPD) stellte fest, man habe für ein Endlager zu sorgen, weil die Atomenergie in der Bundesrepublik nach wie vor genutzt werde und man nicht in die Wiederaufarbeitung einsteigen wolle. Zwischenlagerung sei nur bei der konkreten Aussicht auf ein Endlager machbar und zumutbar.

Dr. Helmut Linssen (CDU) sah einen Widerspruch bei den GRÜNEN: Sie erklärten, Ahaus dürfe nicht zum Endlager werden, bekämpften aber gleichzeitig vehement alle Erkundungsprozesse für ein Endlager.

Minister Wolfgang Clement (SPD) sagte, es gehe um einen Interessenausgleich innerhalb der Bundesrepublik; dafür sollte sich auch die CDU des Landes einsetzen. Was sich im Zuge von Castor im Lande abspiele, sei sicher nicht im Landesinteresse.

Laurenz Meyer (CDU) wies den Vorwurf zurück, er habe sich trotz Befangenheit zur Sache geäußert: Dasselbe habe auch der Wirtschaftsminister als Rheinbraun-Aufsichtsrat getan. Er jedenfalls habe sich nie geäußert, wenn das Unternehmen betroffen war, bei dem er beschäftigt gewesen sei.

Minister Wolfgang Clement (SPD) entgegnete, daß er dies Amt aus Gründen der Besorgnis der Befangenheit niedergelegt habe. Es sei aber gut, wenn sich der Ältestenrat einmal mit der aufgeworfenen Frage beschäftigen würde.

Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) meinte, es bedrücke die Polizei im Lande, daß die süddeutschen Länder in erster Linie Nutznießer der Kernenergie seien, während Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen die Lasten zu tragen hätten.

Klaus Matthiesen (SPD) forderte eine gerechte Lastenverteilung ein und verlangte von den süddeutschen Ländern, ihren bisherigen Kurs nicht beizubehalten. Im übrigen appellierte er, bei aller verständlichen Emotion in der Debatte vieles ein wenig tiefer zu hängen.

## Rau tritt zurück

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) will noch vor der Sommerpause 1998 zurücktreten. Das erklärte Rau am 16. März nach einer Sitzung des engeren Landesvorstandes seiner Partei in Bonn. Der 67jährige Regierungschef wird bis dahin sein Amt an den derzeitigen Wirtschafts- und Verkehrsminister des Landes, Wolfgang Clement (SPD), abgeben. SPD-Landesvorsitzender soll der Landtagsabgeordnete und SPD-Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering werden. Johannes Rau gehört im Juli dieses Jahres 40 Jahre dem Landtag an, ist 28 Jahre im Kabinett und wäre im September 20 Jahre Ministerpräsident.

# CDU: GRÜNE reden Hemmschwelle zum Rechtsbruch herunter

## Matthiesen (SPD): Schienenblockaden unterlassen!

Der Landtag lehnte nach engagierter Debatte am 18. März den CDU-Antrag „Konsequentes Vorgehen gegen den Mißbrauch des Demonstrationsrechts!“ (Drs. 12/2888) mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN ab, ebenso den während der Debatte eingebrachten Entschließungsantrag der CDU (12/2935) und nahm die von SPD und GRÜNEN eingebrachte Entschließung (12/2936) an. Zur Beratung der beiden Entschließungsanträge wurde die Plenarsitzung für 1 1/2 Stunden unterbrochen.



Besorgt über Gewaltbereitschaft bei Castor-Transport äußerten sich sowohl Oppositionschef Dr. Helmut Linssen (CDU, l.) als auch SPD-Fraktionschef Klaus Matthiesen (2. v. l.) und Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD, r.), während GRÜNE-Fraktionssprecher Roland Appel (3. v. l.) angeblich überzogene Sicherheitsmaßnahmen kritisierte. Fotos: Schäfte

**Dr. Helmut Linssen** (CDU), Fraktionsvorsitzender, notierte eine Woche vor dem Castor-Transport eine üble Stimmungsmache dagegen, an der sich GRÜNE und Teile der SPD beteiligten. Der Castor-Transport sei genehmigt und müsse durchgeführt werden. Die CDU halte nichts davon, auf die Polizei politischen Druck auszuüben. Der Landtag müsse sich klar und eindeutig zur Rechtmäßigkeit des Transports bekennen. Unerträglicher Verniedlichung und Verharmlosung von Rechtsbrüchen müsse ein Ende gemacht werden. Die widersprüchlichen Äußerungen von SPD und GRÜNEN hätten zu Rechtsverwirrung geführt, bei der die Bürger nicht mehr zwischen energie- und rechtspolitischen Notwendigkeiten unterscheiden könnten. Fraktionssprecher Appel habe ein persönliches Thesenpapier zur polizeilichen Einsatzplanung vorgestellt und in den Koalitionsausschuß einbringen wollen. Seine Vorschläge seien grotesk, Polizeibeamte ungeschützt autonomen Militanten gegenüberzustellen. Widerstand heiße nach GRÜNEN-Verständnis Schienenblockade und solle harmlose Ordnungswidrigkeit sein. Unglaublich und unverantwortlich sei das Verhalten der Vizepräsidentin, die als Amtsträgerin das Recht als absolute Grundlage zu akzeptieren habe. Niemand, auch nicht GRÜNE Abgeordnete, könne für den Rest der Gesellschaft definieren, wann ein politisches Ziel Widerstand und Rechtsbruch legitimiere. Wer fortlaufend die Hemmschwelle zum Rechtsbruch herunterredet, Widerstand provoziere. Straftaten hinnehme, trage die Verantwortung für Krawallveranstaltungen oder blanke Gewalt. Die SPD sei mit einem Partner in der Koalition, der Regierungsverantwortung nicht begreife. Ihre Leidensfähigkeit scheine grenzenlos. Der GRÜNE Polizeipräsident habe sorgfältig abgewogen. Eine Grenze zwischen „ein bißchen Gewalt“ und „ein bißchen mehr Gewalt“ dürfe nicht gezogen werden. Das Demonstrationsrecht sei unantastbar. Jedem Mißbrauch sei entgegenzutreten. Jede politische Einflussnahme auf Einsatzplanung der Polizei habe zu unterbleiben.

**Klaus Matthiesen** (SPD), Fraktionsvorsitzender, sagte, der Innenminister habe öffentlich deutlich gemacht, daß er konsequent gegen den Mißbrauch vorgehe und Einflußnahme nicht dulde. Der CDU-Antrag sei eine Zumutung und hallos. Die Landesregierung lehne den Transport von abgebrannten Brennelementen aus süddeutschen Kraftwerken ab und bedaure, daß NRW gegen die vom Bund erteilten Genehmigungen nicht vorgehen könne. Nicht hinnehmbar sei, daß Bund und süddeutsche Länder ihre Entsorgungsprobleme zu Lasten von NRW und Niedersachsen lösen wollten. Kein Zweifel bestehe bei der SPD aber auch beim Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit und Ablehnung von Gewalt. Straftaten müßten verfolgt werden. Jeder, der Schienen, Oberleitungen oder sonstige Anlagen beschädige, werde konsequent verfolgt. Auch manche Äußerung im Landtag sei alles andere als praktizierte Deeskalation. Wer Schienenblockaden als legitim suggeriere, ermutige zu Verhalten an der Grenze der Strafbarkeit. Übrigens müßten, würden die Initiativen ernst genommen, alle Demonstranten von den Castor-Behältern ferngehalten werden. Die SPD rufe dazu auf, Schienenblockaden zu unterlassen.

**Roland Appel** (GRÜNE) sah in manchen Äußerungen vorweggenommene Schuldzuweisungen und hielt die Transporte in das atomenergiefreie NRW für eine Provokation durch die Bundesregierung. Die Polizei habe die Pflicht, für die Ankunft zu sorgen, dazu stünden die GRÜNEN, aber auch das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit sei zu gewährleisten. Es müsse auch Raum in der Nähe des Transports für friedliche Proteste geben. Schienen ansägen und Terrorismus beschwören, erweise dem Rechtsstaat einen Bärendienst. Polizeiliche und politische Deeskalation gehörten zur Freiheit, den Widerstand deutlich zu machen. Die Ahaus-Initiative sei Gesprächspartner der GRÜNEN für gemeinsamen Widerstand gegen den Castor-Transport.

**Innenminister Franz-Josef Kniola** (SPD) hielt den ersten Teil des CDU-Antrags mit der Lagebeschreibung über die Mobilisierung von 2000 Gewaltbereiten der autonomen Szene für zutreffend. Was friedlich sei, stehe nicht im Belieben von Bürgerinitiativen. Der Landtag habe aber keinerlei Veranlassung, die Landesregierung zu Maßnahmen aufzufordern. Über diesen Teil des Antrags sei er empört. Er habe im Innenausschuß keinen Zweifel gelassen, daß konsequent vorgegangen werde. Die bewährte NRW-Linie für Polizeieinsätze, friedliche Demonstrationen durch Deeskalation zu fördern und konsequent Gewalt zu verhindern, werde fortgesetzt. Mit wachsender Sorge beobachte er, daß sich die Bürgerinitiative seit Sommer 1997 auf die autonome Szene zu bewege. Die Allgemeinverfügung des Polizeipräsidenten von Münster enthalte einen Abstand von den Gleisen und notwendige Beschränkungen, um friedliche Versammlung überhaupt zu ermöglichen. Dauermahnwachen und Widerstandscamps seien umso problematischer, je dichter an den Gleisen sie seien. Nach den Erfahrungen von Gorleben seien sie nicht tolerierbar. „Machen Sie nicht gemeinsame Sache mit Gewalt!“ appellierte er an alle Kernkraftgegner.

**Siegfried Martsch** (GRÜNE) distanzierte sich von Gewalt oder „ein bißchen Gewalt“, auch gegen Sachen, hielt aber eine Pogromstimmung gegen friedlichen Widerstand für unverantwortlich. Unverhältnismäßig seien die Mittel, wenn, wie am Wochenende, Bauern unter Hausarrest gestellt würden.

**Jürgen Jentsch** (SPD) äußerte als Jugendpolitiker die Sorge, daß Kinder von Greenpeace als Schutzschild benützt werden sollten. Die Polizei dürfe nicht zum Büttel von Gewalttätern gemacht werden.

**Heinz Paus** (CDU) kritisierte, der Transport sei keine Provokation, sondern Gesetz und trug einen adhoc-Entschließungsantrag der CDU als Reaktion auf die Rede von Kniola vor, wonach der Landtag die Allgemeinverfügung des Polizeipräsidenten und die Leitlinien des Innenministers unterstützen solle.

**Klaus Matthiesen** (SPD) verlas nach der eineinhalbstündigen Unterbrechung die inzwischen eingebrachte Entschließung von SPD und GRÜNEN, wonach sich der Landtag einer Stellungnahme zur Entscheidung des Verwaltungsgerichts Münster und der polizeilichen Einsatzplanung enthalte. **Dr. Helmut Linssen** (CDU) antwortete, der gesamte Landtag solle dem Innenminister und der Polizei den Rücken stärken. Der Innenausschuß habe das auch getan. Die SPD sei dabei leider mit den GRÜNEN nicht einig geworden. **Roland Appel** (GRÜNE) sagte, die Allgemeinverfügung sei Kernbereich des Verwaltungshandelns. Zwei GRÜNE-Abgeordnete klagten dagegen, könnten also einer solchen politischen Bewertung nicht zustimmen. Der CDU gehe es um billige Effekthascherei.

## Noch zu wenige Unternehmen bereiten sich auf Euro vor

*Die Großindustrie treibt eigenständig ihre Vorbereitungen für die Einführung des Euro voran. Kleine und mittlere Unternehmen aber hinken hinterher. Das ergab eine Aussprache über den Antrag der CDU-Fraktion mit der Überschrift „Den Euro als Chance begreifen und NRW rechtzeitig auf die Umstellung vorbereiten!“ Der Antrag wurde einstimmig an den Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik als federführendem Ausschuß sowie an den Wirtschaftsausschuß und den Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen (Drs. 12/2878).*

**Ilka Keller** (CDU) erklärte, bisher habe es die Politik versäumt, deutlich zu machen, wie umfassend sich die Euro-Umstellung auf den Alltag auswirken werde. Bisher sei es offenbar auch nicht gelungen, den kleinen und mittleren Unternehmen funktionstüchtige Hilfswerkzeuge für die Umstellung an die Hand zu geben. Anders sei es kaum zu erklären, daß laut einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages zwar 59 Prozent der befragten Unternehmen die Vollendung der Währungsunion für wünschenswert hielten; aber Vorbereitungen im Zusammenhang mit der Euro-Einführung hätten je nach Branche nur zehn bis 25 Prozent der befragten Unternehmen getroffen. Zu einem ähnlichen Ergebnis komme das Gutachten für das NRW-Wirtschaftsministerium unter dem Titel „Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion auf das Land Nordrhein-Westfalen“. Frau Keller nannte aus diesem Gutachten einige Zahlen, „weil das so aktuell und eindrucksvoll ist“. Man müsse sich das wirklich auf der Zunge zergehen lassen. 80 Prozent der NRW-Unternehmen hätten demnach noch keine Umstellungsmaßnahmen ergriffen. Von 97 befragten Betrieben hätten zwei mittlere und ein kleines Unternehmen schon etwas unternommen, um sich auf den Euro vorzubereiten. Frau Keller zitierte ferner Empfehlungen von Unternehmensexperten. Danach forderten 80 Prozent der Unternehmensvertreter eine Modifizierung der Wirtschaftspolitik in NRW, unter anderem dahingehend, daß sich die Außenwirtschaftspolitik stärker auf Europa ausrichten solle.

**Gabriele Sikora** (SPD) verwies darauf, die Vorbereitung der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion sei nun in ihre heiße Phase getreten. Politik müsse jetzt entscheiden. Sie müsse aber auch die Bürgerinnen und Bürger auf dem Weg zum Euro mitnehmen. Die jüngsten Umfragezahlen belegten, daß zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger derzeit noch den Euro ablehnten. Die Politik müsse deutlich machen, daß die Anforderungen an den Euro nach wie vor Gültigkeit hätten. Wer eine stabile Währung wolle, müsse vorrangig die Massenarbeitslosigkeit bekämpfen. Ohne steigende Beschäftigungszahlen würden die öffentlichen Haushalte und die Sozialversicherungssysteme nicht nachhaltig saniert werden können wie es der Stabilitätspakt fordere. Ohne Zweifel sei die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion auch für Nordrhein-Westfalen als Exportland Nr. 1 in Deutschland mit Vorteilen verbunden. Man dürfe dabei aber nicht außer acht lassen, daß bei der

Ausgestaltung der einheitlichen Währung bisher versäumt worden sei, Steuer-, Sozial- und Umweltdumping entgegenzuwirken. Frau Sikora machte deutlich, Bund, Länder und Gemeinden wollten bei der Umsetzung einheitlich vorgehen. Dies sei vernünftig, denn eine unterschiedliche Umsetzung von Kommune zu Kommune, von Land zu Land wäre den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft nicht zuzumuten. Von daher sei auch bei der Frage der Steuererklärungen ein einheitliches Vorgehen notwendig. Nach einem von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten erhielten zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen durch die Währungsunion erstmals die realistische Chance, international tätig zu werden.

Richtig sei sicherlich, daß der Euro den europaweiten Kostenvergleich einfacher machen werde, weil in Zukunft alle Europäer mit einer Währung rechneten. Sie stimme ausdrücklich der Meinung der CDU-Fraktion bei diesem Punkt zu, daß der Wettbewerb im Europäischen Binnenmarkt transparenter werde.

**Europaminister Professor Dr. Manfred Dammeyer** (SPD) wies darauf hin, daß Wirtschaftsminister Clement ein Gutachten über die Auswirkungen der Einführung des Euro auf unsere Region in Auftrag gegeben habe. Jetzt gehe es um die Frage, wer das umsetzen müsse. Umsetzen müsse man es insofern, als man die Leute darauf aufmerksam mache, welche Kon-



Viele Firmen sind auf die Umstellung noch nicht vorbereitet: v. l. Ilka Keller (CDU), Gabriele Sikora (SPD), Alexandra Landsberg (GRÜNE) und Europaminister Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD). Fotos: Schälte

**Alexandra Landsberg** (GRÜNE) sagte, eines sei klar, der Euro komme. Das stelle niemand mehr in Frage. Die Frage sei allerdings noch, was der Euro bringen werde, wem er nutzen werde, wer Verlierer und wer Gewinner sein werde und vor allem, wie man die Zahl der Verlierer möglichst klein halten könne. Die CDU sage, der Euro stärke Wachstum und sichere Arbeitsplätze. Wachstum werde aber, das sei bekannt, mit dem Euro regional sehr unterschiedlich ausfallen. In Zukunft würden schwächere Wirtschaftsregionen ihre Nachteile nicht mehr über eine Abwertung des Wechselkurses ausgleichen können. Was heute Abwertung sei, das sei morgen Kostendruck. In Zukunft werde in real wirtschaftlich schwächeren Regionen der Druck auf die Löhne und auf Umweltstandards zunehmen, um die Kosten zu senken. Das könne auch Tarif-, Sozial- und Umweltdumping zur Folge haben. Frau Landsberg fuhr fort, NRW sei eher eine stärkere Region im europäischen Miteinander. Insofern werde NRW zumindest im Durchschnitt sicherlich von der Europäischen Währungsunion profitieren. Das müsse allerdings nicht für alle Regionen, Branchen und Betriebsgrößen in NRW gel-

sequenzen zu ziehen seien. „Aber was Unternehmen in ihrem Unternehmen machen, das müssen die Unternehmer schon selber tun“, betonte der Minister. Unternehmer müßten etwas unternehmen, nicht etwas unterlassen. Die kleinen Unternehmen seien noch erheblich zögerlich. Dammeyer glaubte auch, daß die Umstellung Auswirkungen auf den Verbraucher habe. Wenn die Gefahr bestehen könne, daß die Umrechnung und insbesondere die Festlegung von Münzen für Automaten und andere Anwendungsbereiche zu einer verkappten heimlichen Preiserhöhung genutzt würde, wäre das eine ganz schreckliche Angelegenheit. Denn das würde das Vertrauen nicht stärken, sondern selbstverständlich zerstören. Deshalb hätten die Verbraucher ein Anrecht darauf zu erfahren, in welcher Weise Unternehmer künftig ihre Preise gestalten wollten. Für den Euro solle gelten, daß weder Zwang noch Behinderung ausgeübt würden. Niemand solle gezwungen werden, sich vor dem Jahr 2002 umzustellen. Niemand solle daran gehindert werden, das zu tun. Der Minister bat darum, wirklich eine umfassende europapolitische Diskussion im ganzen Land zu führen.

## Vorbehalte und Vorteile der mechanisch-biologischen Abfallbehandlung

Das Regierungshandeln der rot-grünen Koalition in der Abfallpolitik des Landes stand im Mittelpunkt der Aktuellen Stunde des Landtags am 18. März. Die CDU-Fraktion hatte die Debatte unter das Thema gestellt „Neuer MBA-Erlaß der Umweltministerin Höhn ist umweltgefährdend, rechtswidrig und erhöht die Müllgebühren“. – Bei den MBA handelt es sich im Unterschied zu Müllverbrennungsanlagen (MVA) um mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlagen.

**Dr. Helmut Linssen**, Vorsitzender der CDU-Fraktion, diagnostizierte innerhalb der Koalition unterschiedliche Meinungen in Sachen MBA und forderte SPD und GRÜNE erneut auf, „von der Illusion einer mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage als gleichberechtigte Alternative zur MVA Abstand zu nehmen“. Mit ihrem Erlaß zugunsten des mechanisch-biologischen Verfahrens nehme die Ministerin eine falsche Weichenstellung vor und betriebe, wie es auch die SPD formuliere, „Öko-Dumping“, weil die „ideologische Ableh-

auch ökologischen Kriterien unterwerfen und wenn sie nicht zu Kostenexplosionen führen“. Die SPD sei gegen die flächen-deckende Einführung von MBA, weil damit Überkapazitäten provoziert werden, die nicht zu verantworten seien. Leerstände bei MVA oder MBA wären die Folgen, und der Bürger müßte das bezahlen. NRW werde sich jedenfalls nicht von den technischen Standards abkoppeln.

**Johannes Remmel** (GRÜNE) urteilte, es gehe heute weniger um den Diskurs über MBA oder MVA, sondern darum, eine nachsorgearme Deponie zu schaffen, Restmüllmengen zu verringern und nachsorgearm aufzubereiten. Über die Instrumente gebe es allerdings Streit, fuhr er fort, dabei gehe es aber weniger um das ideologische Gegeneinander, sondern vielmehr um das sinnvolle Abstimmen des Miteinanders. Im übrigen sei festzuhalten: „Abfallpolitik war noch nie so erfolgreich in NRW wie zur Zeit.“ Der kritisierte Leitfadens des Ministeriums diene nicht der landesweiten Verbreitung von MBA, sondern „trägt dem Vorsorgege-

habes das nichts mit dem Leitfaden, „sondern etwas mit verfehlten Planungen für MVA in der Vergangenheit zu tun, denen sie von der CDU immer zugestimmt haben“.

**Werner Stump** (CDU) hielt der SPD vor, sie sitze in der Abfallpolitik mit den GRÜNEN in einem Boot; noch vor kurzem habe sie der Erhöhung der Mittel von drei auf zehn Millionen zugestimmt, um MBA im Lande zu untersuchen, entwickeln und zu planen.

**Dorothee Danner** (SPD) erinnerte daran, ihre Fraktion habe den Modellanlagen im Lande vor der Einführung von MBA als Regelanlagen unter der Prämisse zugestimmt, daß die Ergebnisse wissenschaftlich ausgewertet werden. Umweltstandards seien einzuhalten, die MVA müßten ausgelastet werden und „bis zum wissenschaftlichen Beweis der umwelt- und TASI-gerechten Sinnhaftigkeit von MBA darf es keinen weiteren Entsorgungsstrang geben“.

**Rüdiger Sagel** (GRÜNE) gab sich überzeugt, „daß die Integration der mechanisch-biologischen Müllbehandlung in die kommunale Abfallwirtschaft im Gegensatz zur Müllverbrennung nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich sehr sinnvoll ist“. Hätten die GRÜNEN nicht sechs von sieben weiteren geplanten MVA verhindert, wären die Überkapazitäten heute noch wesentlich größer.

**Ministerin Bärbel Höhn** (GRÜNE) fügte hinzu, die GRÜNEN hätten sechs Milliarden an Investitionen erspart, die auf die Gebühren für die Bürger umgelegt worden wären. Sie sah wachsende Zustimmung im Land zu ihrem Konzept.

**Hans Peter Lindlar** (CDU) sah die Koalition am Ende der Sackgasse, in die die SPD zu Zeiten ihrer absoluten Mehrheit durch die „Planwirtschaft in der Abfallwirtschaft“ das Land geführt habe. Seit 1995 setze die Ministerin eine falsche Deponiepolitik fort, die täglich neue Altlasten schaffe.

**Gerda Kieninger** (SPD) ergänzte zum Leitfaden, er beziehe sich lediglich auf die drei Modellprojekte Düren, Münster, Minden-Lübbecke. Keinesfalls dürfe er Kommunen zu Überlegungen veranlassen, die mit dem Landesabfallgesetz nicht zu vereinbaren sind und Folgekosten einer falschen Deponierung den nachfolgenden Generationen aufhalsen.

**Ministerin Bärbel Höhn** (GRÜNE) machte darauf aufmerksam, das Land habe den Kommunen nicht vorzuschreiben, welche Abfallvorbehandlung sie wählen. Die CDU, die sich so nachdrücklich für die Privatisierung der Müllentsorgung eingesetzt habe, dürfe sich jetzt nicht „am Ende über das Ergebnis wundern“.

**Hans Peter Lindlar** (CDU) war der Auffassung, das Land müsse die Schaffung neuer Altlasten verhindern. Er verwies auf das Vorgehen im hessischen Lahn-Dill-Kreis, wo man sich einmal informieren sollte.

**Dr. Bernhard Kasperek** (SPD) meinte, das gemeinsame Konzept müsse lauten: Schluß mit Billigdeponien, Auslastung der High-Tech-Anlagen, Kooperation der entsorgungspflichtigen Körperschaften und Weiterentwicklung der Umwelttechnologie.



Die Abfallpolitik des Landes in der Kontroverse (v.l.): Hans Peter Lindlar (CDU), Dr. Bernhard Kasperek (SPD), Johannes Remmel und Umweltministerin Bärbel Höhn (beide GRÜNE).

Fotos: Schälte

nung der umweltverträglichen MVA-Technik zu Umweltgefährdung durch eine MBA-Billiglösung“ führe. Es sei ökologischer und ökonomischer Unsinn zu behaupten, wie Frau Höhn das tue, MBA sei jetzt eine gleichwertige Alternative zu MVA. Die Deponien, die sie anstrebe, seien „ökologische Zeitbomben“, Leerstände in MVA seien zu befürchten, was wiederum ein Drehen an der Preisschraube der Müllbeseitigungsgebühren nach sich ziehe, die der Bürger zu begleichen habe. Die Höhn-Pläne seien zudem gegen das geltende Landesabfallgesetz und sollten dazu dienen, die Technische Anleitung Siedlungsabfall (TASI) auszuhebeln.

**Dr. Bernhard Kasperek** (SPD) beschleunigte der CDU in ihrer Abfallpolitik „Verwirrung und Widersprüchlichkeit und reinen Opportunismus“: Zum einen fordere sie im Landtag einen landesweiten Anschlußzwang für MVA und landesweite Entsorgungspläne, vor Ort aber beklage sie sich über Bevormundung durch das Land und verbünde sich mit Bürgerinitiativen gegen MVA. Seit Jahren habe das Land die Initiative in der Müllpolitik ergriffen und sei das Problem in einer Doppelstrategie – Vermeiden und Verwerten – angegangen. Inzwischen verfüge man über für das Land ausreichend viele Anlagen auf höchstem technischem Niveau. Gleichzeitig war man offen für Fortschritte – „aber nur dann, wenn sie sich

danken Rechnung, daß nämlich kein Öko-Dumping stattfindet, sondern daß diese Anlagen an Recht und Gesetz und an ökologischen Maßstäben gemessen werden“.

**Umweltministerin Bärbel Höhn** (GRÜNE) verwies auf das Nachbarland Niedersachsen; dort dürfe Abfall mit einem Gehalt von 20 bis 25 Prozent Organik noch deponiert werden. Dieses Herunterfahren von Ökostandards halte sie, Höhn, für unverantwortlich; deswegen wolle sie ähnliches hierzulande verhindern, indem die Ausfüllung der TA Siedlungsabfall für MBA geregelt werde und damit die Umweltstandards für eine auch aus Umweltgesichtspunkten sinnvolle mechanisch-biologische Anlage festgelegt würden. Genau das habe man mit dem Leitfaden getan, für den man in den Kommunen genauso dankbar sei „wie für das andere von uns vorgelegte Abfallkonzept“. Das Ziel einer abfallarmen Deponie sei wichtig, „auch wir in Nordrhein-Westfalen wollen keine Deponien, die Zeitbomben sind“. Wenn im Kreis Wesel die Gebühren für die vierzehntägige Abholung der Mülltonne von 360 vor wenigen Jahren auf jetzt 1234 Mark gestiegen seien, dann

## Beim Jugendschutz im digitalen Fernsehen sind Eltern mehr gefordert

# TV-Gewalt läßt schon Kinder aggressiv werden

Das Thema Gewalt im Fernsehen hat nichts von seiner Bedeutung mit Sicht auf den Jugendschutz verloren. An der Schwelle zum digitalen TV-Zeitalter sind vor allem die Eltern in ihrer Verantwortung gefordert. Zu dieser Erkenntnis kamen die Fraktionen sowie der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Michael Vesper (GRÜNE) bei der Debatte über den Antrag von SPD und GRÜNEN zum Thema „Unverzichtbar: Jugendschutz im digitalen Fernsehen“. Der Koalitionsantrag wurde in direkter Abstimmung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung der CDU angenommen; ein Entschließungsantrag der CDU-Opposition mit den Stimmen der Koalitionsmehrheit abgelehnt (Drs. 12/2882 und 2912).

Marc Jan Eumann (SPD) erläuterte, noch nie hätten Medien einen so starken Einfluß auf die Sozialisation von Jugendlichen ausgeübt wie heute. Man wolle keine Experimente mit dem Jugendschutz. Das Thema

Gewalt im Fernsehen habe nichts von seiner Aktualität und gesellschaftlichen Bedeutung verloren. An der Schwelle eines neuen, eines digitalen Fernsehzeitalters müsse sich der Jugendschutz im Fernsehen auch neuen Anforderungen stellen. Im Mittelpunkt der Debatte stehe die Frage, ob technische Sicherungen ausreichen bzw. ausreichend wirksam seien. Es bleibe die Erkenntnis, sie seien im Praxistest durchgefallen. Auch eine komplette Sperrung sei der falsche Weg. Angesichts dieser Ergebnisse blieben zeitliche Grenzen für die Ausstrahlung jugendgefährdender Sendungen unverzichtbar.

Roland Appel (GRÜNE), Fraktionssprecher, erklärte, Jugendschutz im digitalen Fernsehen werde von Bündnis 90/Die GRÜNEN nicht als etwas Altväterliches verstanden. Es gehe vielmehr darum, die Jugendlichen in die Lage zu versetzen, mit Medien kompetent und selbstbestimmt umzugehen. Durch Rahmengesetzgebung müsse man dafür sorgen, daß nicht nur Jugendschutz im herkömmlichen Sinne in den Blick genommen werde, also Gewalt und Erotik, man müsse auch eine gesellschaftliche Diskussion darüber führen, ob denn alle Bereiche erfaßt seien, bis hinein in die Kinder- und Jugendsendungen.

Regina van Dinther (CDU), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, betonte, der CDU liege am Herzen, daß der Jugendschutz nicht nur im digitalen, sondern auch im analogen Fernsehen und auch in den anderen neuen Medien durchgesetzt werde. Die allgegenwärtige Gewalt in den Medien führe tatsächlich zum aggressiven Verhalten von Kindern und Jugendlichen. Das Fernsehgerät im Kinderzimmer werde leider immer mehr zur Selbstverständlichkeit. „Die steigende Zahl der Kinderkriminalität sollte uns alle aufschrecken lassen“, unterstrich die Politikerin. Alle Verschlüsselungsmöglichkeiten müßten für den Jugendschutz genutzt werden.

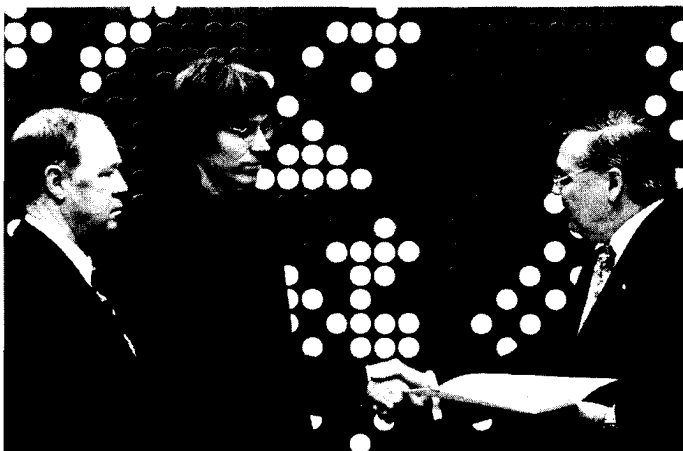
Dr. Michael Vesper (GRÜNE), stellvertretender Ministerpräsident, betonte, die ständige Konfrontation mit Haß und Brutalität in Dutzenden von Kanälen könne gerade bei jungen Menschen zu bedenklichen Fehlwahrnehmungen ihres Lebensumfelds führen. Hier sei die Elternverantwortung in besonderem Maße gefordert. Die zunehmende Verspartung der Programme verlange immer mehr positives und medienkompetentes Handeln der Erziehungsberechtigten. Vesper beklagte, daß die derzeit eingesetzten technischen Sicherungen gerade die Eltern überforderten, die den Fernsehkonsum ihrer Kinder auch sonst nicht kontrollierten.

## Zum Urteil von Köln

Unterschiedliche Interessen bis hin zu handfesten Konflikten in der Frage, was der einzelne von anderen verlangen dürfe, seien in allen Lebensbereichen tägliche Praxis. Gerade im Konfliktfall reiche guter Wille zur Problemlösung nicht, wie auch das Beispiel der Auseinandersetzung, um die es bei der Entscheidung des Oberlandesgerichts Köln gegangen sei, anschaulich zeige. Das erklärte Sozialminister Dr. Axel Horstmann in seiner Antwort auf eine mündliche Anfrage des SPD-Abgeordneten Wolfram Kuschke zu den Auswirkungen des Urteils des OLG Köln auf die Integration behinderter Menschen. Durch Urteil vom 8. Januar war der Landschaftsverband Rheinland gehalten, sicherzustellen, daß die behinderten Bewohner einer Wohngruppe bei Düren an mehreren Wochentagen zu festgesetzten Zeiten sich im Garten ruhig verhalten müßten. Der Gesetzgeber müsse sich fragen, wie die gesellschaftliche Wirklichkeit so weit wie möglich an die Verfassungsideale angenähert werden könne. Das sei die wichtigste Frage, die das Urteil ausgelöst habe, folgerte Horstmann.

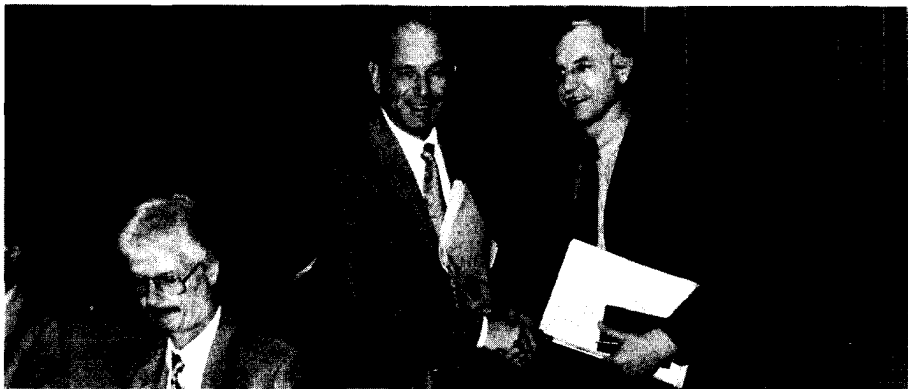
## Voraussetzungen für Abschiebehaft in allen Ländern gleich

Eine Ersetzung der Abschiebehaft durch andere freiheitsentziehende Maßnahmen ist vor dem Hintergrund der bundesgesetzlichen Vorgaben nicht möglich. Auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Jamal Karsli und Dr. Stefan Bajohr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), ob es möglich sei, die Abschiebehaft aufgrund ihres tiefen Eingriffs in die Persönlichkeitsrechte durch weniger einschneidende Maßnahmen zu ersetzen, antwortete Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD), daß die Voraussetzungen zur Beantragung der Abschiebehaft für alle Länder der Bundesrepublik gleich seien und demnach kein Land bekannt sei, das grundsätzlich nicht abschiebe. (Drs. 12/2905)



Landtagspräsident Ulrich Schmidt (im linken Bild rechts) hat am vergangenen Mittwoch zwei neue Mitglieder des Landtags verpflichtet. Nachfolger für den verstorbenen Abgeordneten Norbert Giltjes ist Paul Mohr (CDU, l.) aus Warburg. Für den aus dem Landtag ausgeschiedenen Dr. Manfred Busch rückte Rüdiger Sagel (GRÜNE, 2. v. l.) aus Münster nach. Der Präsident hieß beide Politiker willkommen und erinnerte daran, daß Paul Mohr bereits einmal dem Landtag angehört habe. — Die Bildungs- und Kulturministerin Palästinas, Dr. Hanan Ashrawi (im rechten Bild Mitte) ist im Landtag von Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (3. v. r.) empfangen worden. Zuvor hatte die palästinensische Politikerin in Begleitung eines Mitarbeiters und einer Dolmetscherin (r.) mit NRW-Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem palästinensischen Bildungsministerium sowie dem NRW-Wissenschaftsministerium unterzeichnet. Am Empfang nahmen auch die Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses, Ingrid Fitzek (GRÜNE, 2. v. l.) sowie die Wissenschaftspolitiker Dietrich Kessel (SPD, l.) und Manfred Kuhmichel (CDU, 3. v. l.) teil. Bei der Plenarsitzung am vergangenen Mittwoch konnte Landtagspräsident Ulrich Schmidt Frau Ashrawi als Besucherin auf der Tribüne begrüßen.

Fotos: Schälte



*Einstimmig hat der Sportausschuß des Landtags den SPD-Abgeordneten Dr. Hans Kraft zum neuen Vorsitzenden gewählt. Der Studienrat a.D. Kraft - seit 1985 vertritt der Ratinger den Wahlkreis Mettmann III im Landtag - war zuvor sportpolitischer Sprecher seiner Fraktion und ist zudem stellvertretender Vorsitzender des Landtagsausschusses für Wissenschaft und Forschung. Er ist im Amt als Sportausschußvorsitzender Nachfolger des vor kurzem verstorbenen Uwe Herder (SPD). Unser Bild zeigt ihn (rechts), wie er die Gratulation des stellvertretenden Ausschußvorsitzenden Heinz-Helmich van Schewick (CDU) entgegennimmt. Links (sitzend) Ausschußassistent Wolfgang Kubitzky.*

Foto: Schälte

## Pflegeversicherung

### Umsetzung der Programme

*Auf Antrag der CDU „Landesregierung muß ihrer Verantwortung für eine menschenwürdige Pflege endlich gerecht werden“ (Drs. 12/2677) hat sich der Landtag am 5. Februar auseinandergesetzt. In direkter Abstimmung wurde der CDU-Antrag abgelehnt und der Entschließungsantrag der Koalition angenommen.*

**Ina Meise-Laukamp** (SPD) wertete den CDU-Antrag als wenig konstruktiv und sagte, die Koalition habe alles in ihrem Verantwortungsbereich liegende getan, um eine menschenwürdige Pflege zu gewährleisten. Der Landtag habe sich auch in der Frage des Standardpflegesatzmodells eingebracht, als es darum ging, für die Pflegebedürftigen im stationären Bereich den beson-

ders hohen Qualitätsstandard, der in Nordrhein-Westfalen erreicht worden sei, zu bewahren und für die Zukunft fortzuschreiben. Die CDU-Fraktion habe dagegen in dieser Zeit kein echtes Interesse an einer erfolgreichen Umsetzung der Pflegeversicherung gezeigt.

**Georg Gregull** (CDU) stellte fest, dank der CDU-Politik sei die Pflegeversicherung ein großer Erfolg und stehe auf einem finanziell gesunden Fundament. Es blieben aber Millionenbeträge über, hätte man das Landespflegegesetz so nicht verabschiedet. Für die CDU-Fraktion komme es darauf an, daß die Pflegeversicherung nicht durch unkalkulierbare Mehrbelastungen finanzieller Art in der soliden Finanzstruktur überfordert werde. Diese Finanzstruktur müsse erhalten bleiben, damit alles Notwendige für die pflegebedürftigen Menschen geleistet werden könne.

**Daniel Kreutz** (GRÜNE) fand den CDU-Antrag völlig absurd und betonte, daß die Pflegebedürftigen einmal wieder von der

## CO<sub>2</sub>-Entlastung

Das in der Stadt Münster mit Kohle arbeitende Heizkraftwerk der Universität muß auf Gas umgestellt werden. Dadurch könnte der gesamte CO<sub>2</sub>-Ausstoß in der Stadt Münster um insgesamt sechs Prozent verringert werden. Nach Angaben der Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Anke Brunn (SPD), erfolge für diese Modernisierung eine beschränkte Ausschreibung. Bei der Auftragsvergabe werde das Maß der CO<sub>2</sub>-Entlastung mitentscheidend sein. Es gelte, den Umweltschutz auch bei höheren Kosten - allerdings in angemessenem Verhältnis - durchzusetzen. Die CDU-Abgeordnete Dr. Renate Düttmann-Braun interessierte sich in ihrer Kleinen Anfrage (Drs. 12/2807), welche Kriterien die Regierung zu den entsprechenden Anlagekonzepten habe.

O. M.

großen Politik veralbert würden: Unter dem Strich ergaben sich für viele nicht Verbesserungen, sondern Verschlechterungen, vor allem für geistig behinderte Menschen, für Altersverwirrte und für Schwerstpflegebedürftige. Aber auch für diejenigen, die unter sogenannte Pflegestufe Null fielen und von der Pflegeversicherung keine müde Mark sahen, obwohl sie, wie alle anderen, die Beiträge bezahlten. Es sei absolut inakzeptabel, daß die Pflegekassen längst über die gesetzlich vorgeschriebenen Rücklagen hinaus Geldvermögen bildeten, anstatt daß wenigstens jede verfügbare Mark der Pflege zugute komme.

**Gesundheitsminister Dr. Axel Horstmann** (SPD) wies die CDU-Forderung nach klarer Abgrenzung der finanziellen Verantwortlichkeiten zwischen Eingliederungshilfe und Pflegeversicherung zurück: Probleme der Abgrenzung gebe es nur deshalb, weil sich die Bonner Koalition seinerzeit geweigert habe, pflegebedürftige behinderte Menschen in die Pflegeversicherung aufzunehmen.

## CDU: Mieten und Eigentum gleichhoch mit Landesmitteln fördern!

### Flächen und Kosten sparen

*Den CDU-Antrag „Keine Beschränkungen im sozialen Wohnungsbau“ (Drs. 12/2718) hat die Koalition von SPD und GRÜNEN in der Sitzung des Landtags am 5. Februar abgelehnt.*

**Bernhard Schemmer** (CDU) wies darauf hin, daß die Wohnungsbaupolitik des Landes viele deutliche Mängel zeige. Sie sei „absolut eigentumsfeindlich“. Der Abgeordnete forderte den Minister auf, den Investitionsstau im Wohnungsbauprogramm zu beseitigen und die Finanzierung 1:1 wieder herzustellen. Zu den Bundesmitteln in Höhe von 243 Millionen Mark sollten auch Landesmittel in Höhe von 243 Millionen Mark kommen, nicht nur 190 Millionen. Ebenso wichtig sei eine mindestens gleichhohe Förderung bei den Eigentumsmaßnahmen, wie es sie bei den Mietwohnungsbaumaßnahmen gebe. Die

Beschränkung der Grundstücksfläche auf 400 Quadratmeter bei der Regelförderung müsse aufgehoben werden. Nur so ließen sich auch im Wohnungsbau wieder ausreichend Arbeitsplätze schaffen.

**Gerd-Peter Wolf** (SPD) bezeichnete Schemmers Aussagen als „sozialistische Tiraden“ und erklärte, die Landesregierung wolle mit ihrer Förderung darauf hinwirken, daß kosten- und flächensparend gebaut würde. Das angestrebte Ziel sei, preiswertes Wohnen für Mieter und Eigentümer in diesem Lande zu ermöglichen. Da gebe es mehrere Elemente, die man immer wieder beachten müsse: die Zinslandschaft, die Baukostenlandschaft. Von daher ziehe man kostengünstige Erschließungen und Grundstücksgrößen vor, die es möglich machen, günstig zu bauen.

**Hedwig Tärner** (GRÜNE) betonte, man sollte die vorhandenen Ressourcen schonen, damit für die nächste und die übernächste Generation noch Raum bleibe. Sie sei sehr stolz darauf, daß es diese Regelung gebe,

nur kleine Flächen zu fördern. Die Grenze von 400 Quadratmetern existiere aber nicht für gererbte Grundstücke und Grundstücke für große Familien mit mehr als zwei oder drei Kindern, damit gehe Nordrhein-Westfalen einen guten und richtigen Weg.

**Dr. Michael Vesper** (GRÜNE) Minister für Bauen und Wohnen, machte die CDU darauf aufmerksam, daß auf 400 Quadratmeter sehr wohl qualitätsvoller Eigentumsbau zu realisieren sei. Das zeigten die Fachbrochüren und mehrere Fachtagungen. Man müsse im Eigentumsbereich Kosten sparen: einmal für die jungen Familien, bei denen der Grundstücksanteil auf diese Weise abgesenkt werden könne, zum anderen für die Kommunen, die Erschließungskosten sparten, und nicht zuletzt für die Natur. So schiebe man dem ungebremsten Flächenfraß endlich einen Riegel vor. Zur Schemmers Forderung sagte der Minister: „Wir brauchen Eigentumsförderung, und wir brauchen Mietwohnungsbauprogramm, und ich lasse nicht zu, daß das eine gegen das andere ausgespielt wird. Wir tun beides.“



## Fördermittel-Kontrolle

Der Landtag debattierte über den CDU-Antrag „Haushalt konsolidieren – Überprüfung aller Förderprogramme beschleunigen“ (Drs. 12/2717), wobei die Notwendigkeit des Programmcontrollings von allen Fraktionen anerkannt wurde.

**Michael Breuer** (CDU) machte darauf aufmerksam, daß Idee und Umsetzung eines Programms häufig auseinanderfielen. Heute würden mehr Mittel falsch verwendet als richtig eingesetzt. Es gebe zu viele Programme, die sich überschneiden, zu viele Ausgaben, die nicht beim Zuwendungsempfänger ankämen, zu viele Unregelmäßigkeiten, zu wenig Effizienz, zu wenig Kontrolle. Der Abgeordnete erläuterte: Eine Effizienz- und Effektivitätskontrolle sei bei allen Förderprogrammen notwendig. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sollten sofort umgesetzt werden. Den bereits vorliegenden Ergebnissen müßten rasch wirksame Beiträge zur Haushaltskonsolidierung folgen.

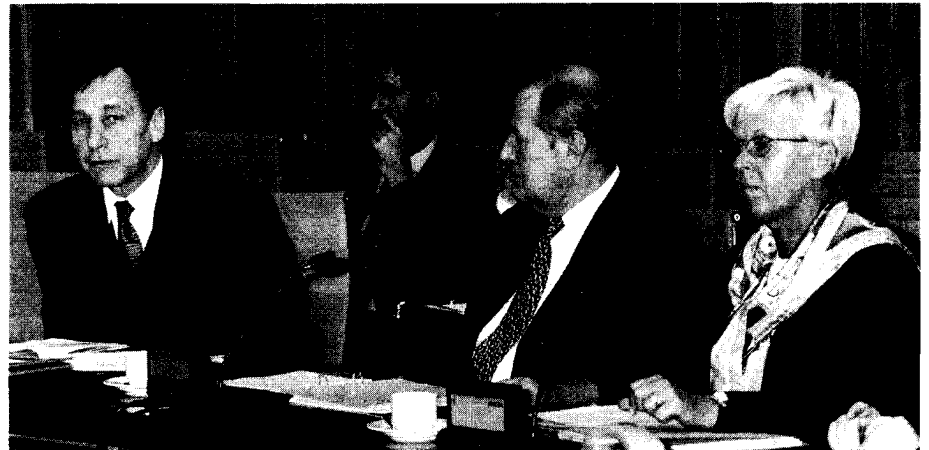
**Hans Krings** (SPD) war der Auffassung, die Opposition habe es sehr eilig mit der Behandlung des prognos & simma-Gutachtens. Es gehe bei dem Thema nicht um die großen Fragen der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Es gehe ganz schlicht um ein Controlling-Konzept für den Bereich der Landeszuwendungen. Nun bedeute Controlling nicht platt Kontrolle, eher Ergebnisüberwachung, frühzeitiges Erkennen von Abweichungen und Steuerung. Im öffentlichen Sektor sei es viel schwerer, Ziele zu definieren und Ergebnisse zu messen. Deshalb halte es die SPD-Fraktion für sachgerecht, daß für ein solches Verfahren zunächst die von der Finanzmasse her weniger wichtigen, methodisch aber besonders problematischen Beratungsprogramme ausgedacht würden.

**Alexandra Landsberg** (GRÜNE) wertete das prognos & simma-Gutachten als einen gelungenen Beitrag zur Diskussion um die Verbesserung der Effizienz der Beratungsprogramme. Sie verwies aber auf den Handlungsbedarf an folgenden Punkten: Die Ziele der Förderprogramme würden oft nicht nachprüfbar benannt. So bleibe etwa die Zielsetzung „mehr Arbeitsplätze“ sehr allgemein. Es werde auch nicht überprüft, ob die Programme überhaupt in der Lage seien, die gesteckten Ziele zu erreichen. Es sei aber zu spät, wenn es mit dem Programm-Controlling erst im Jahre 2000 losgehen könne.

**Franz-Josef Kniola** (SPD), Innenminister, äußerte Zweifel an einigen Punkten des CDU-Antrags. Es sei sehr schwierig, für die unterschiedlichsten Förderprogramme objektivierte Kriterien zu finden, um Konsistenz, Wirksamkeit und Effizienz zu messen. Ein solches Prüfraster sei bisher einmalig in Deutschland. Das vorgeschlagene Programm-Controlling werde in Form des sogenannten Pflichtenheftes eingeführt und zunächst auf die Beratungsprogramme beschränkt. Das Ergebnis dieser Prüfung gehe in die Haushaltsverhandlungen ein. Die allgemein gehaltenen Prüfkriterien für jedes Programm müßten sinnvoll und sorgfältig konkretisiert werden. Es sei völlig utopisch, diese Arbeit in den nächsten fünf Monaten zu leisten. Der Minister bezeichnete Forderungen der Opposition als „ein Schnellverfahren auf Kosten der Gründlichkeit und auf Kosten wirklicher Verbesserungen“.

## Im Wirtschaftsausschuß wird WestLB-Chef Neuber um Rücksicht auf den Mittelstand gebeten

Im Wirtschaftsausschuß informierte WestLB-Vorstandsvorsitzender Friedel Neuber in der von Hannelore Brüning (CDU) geleiteten Sitzung am 11. März über „Auswirkungen der Aufkäufe in der Tourismusbranche auf den Standort NRW“. Eine längere Aussprache mit Wirtschaftsminister Wolfgang Clement über die Konsequenzen aus der Kostenstudie zu Technologiezentren in NRW schloß sich an. Die NRW-Anmeldung zum 27. Rahmenplan der (Bund-Länder-) Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (Vorlage 12/1876) nahm der Wirtschaftsausschuß einstimmig zur Kenntnis. Auf Antrag der SPD-Fraktion stand auch eine Studie zu den Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion auf NRW auf der Tagesordnung. Als Nachfolger für Dr. Manfred Busch benannte die GRÜNEN-Fraktion Gerd Mai.



Zum Thema „Auswirkungen der Aufkäufe in der Tourismusbranche auf den Standort NRW“ hörte der von Hannelore Brüning (CDU, r.) geleitete Wirtschaftsausschuß den Chef der WestLB, Friedel Neuber (2. v. l.), persönlich in Anwesenheit von Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (l.), dahinter Leitender Ministerialrat Schulz.

Foto: Schälte

Zunächst begab sich der Wirtschaftsausschuß jedoch in einer von den GRÜNEN beantragten Aktuellen Viertelstunde zum Thema „Multilaterales Abkommen über Investitionen“ in die Weltwirtschafts- und Außenpolitik. Alexandra Landsberg (GRÜNE) erläuterte Befürchtungen, nationale Investitions- und Wirtschaftspolitik werde verboten sowie Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik erschwert, und Wirtschaftssanktionen als Instrument der Außenpolitik seien künftig nicht mehr möglich. Minister Clement erläuterte, das multilaterale Abkommen über Investitionen (abgekürzt „MAI“) zwischen 29 OECD-Mitgliedstaaten, der EU und fünf weiteren Staaten sollte ausländische Investoren schützen. Verpflichtungen im Sozial- und Umweltbereich sollten verhindern, daß (EU-)Standards abgesenkt würden. Regionale Sonderprobleme sollten durch eine Klausel geschützt werden. Clement befürwortete ein solches Abkommen, auch im Hinblick auf teilweise ruinösen Wettbewerb innerhalb der Europäischen Union.

Bodo Hombach (SPD) wies auf eine öffentliche Anhörung des Bundestags-Wirtschaftsausschusses hin, die auf Antrag der SPD-Bundestagsfraktion im Mai stattfinden solle. Christian Weisbrich (CDU) ergänzte, es gehe auch um die Behauptung europäischer Interessen gegenüber den Vereinigten Staaten. Alexandra Landsberg (GRÜNE) sprach sich für eine Beratung im Wirtschaftsausschuß vor der Stellungnahme der Landesregierung im Bundesrat aus.

Zum Thema „WestLB und Tourismus“ erstattete der Vorstandsvorsitzende der Westdeutschen Landesbank Friedel Neuber einen ausführlichen Branchenbericht unter besonderer Berücksichtigung von Konzentrationstendenzen und verwies dazu auf die Dringliche Frage von Johannes Rimmel

(GRÜNE) vom September 1997, der ein ausführlicher Vermerk des Bundeskartellamtspräsidenten beigefügt war (Drs. 12/2433). Bei gleichen Provisionen, eher sinkenden Preisen für Pauschalreisen mit höheren Qualitätsansprüchen und gestiegenen Kosten sei hoher Wettbewerbsdruck entstanden und verschoben sich Marktanteile in der Tourismusbranche. Der Erwerb von LTU-Anteilen durch WestLB habe auch der Sicherung des Standorts Düsseldorf dienen sollen. Die vom Bundeskartellamt erzwungene Trennung von den LTU-Anteilen falle der WestLB nicht leicht. Die Entwicklung des Touristik-Geschäftszweigs von Preussag durch Erwerb von Hapag-Lloyd solle jedoch nicht blockiert werden.

Die Einschätzung von Christian Weisbrich (CDU), die Trennung von LTU sei angesichts defizitärer Bilanzen nicht so tragisch, teilte Neuber nicht und deutete eine vielleicht für den Standort Düsseldorf sehr interessante Lösung an. Immobilienanteile und der Umweltschutzbereich von Preussag Stahl seien nicht an Niedersachsen veräußert worden, beantwortete er eine weitere Frage. Ilka Keller (CDU) wünschte im Interesse mittelständischer Reisebüros eine breitere Basis („dritte Säule“) für die Konzentration im Reisebüro-Bereich.

In einem längeren kritischen Beitrag zum Thema Technologiezentren (TZ) in NRW faßte Alexandra Landsberg (GRÜNE) Erkenntnisse der finanzwissenschaftlichen Studie der Universität Köln hierzu zusammen (Vorlage 12/1815, Landtag intern 1/1998) und forderte eine Ausschußanhörung zur Technologiepolitik und zum Technologietransfer. Ihre Fragen zielten unter anderem auf Vergleiche mit anderen Förderwegen für kleine und mittlere Unternehmen, auf Nach-

(Fortsetzung Seite 14)

## Hauptausschuß macht bei medienpolitischer Bereisung Station in Oberhausen

### Klima zwischen radio NRW und Lokalfunkstationen hat sich gebessert

Die Ziele von radio NRW im Umsatzbereich sind anspruchsvoll. Für 1998 will der Sender, der den 46 Lokalfunkstationen in Nordrhein-Westfalen das Mantelprogramm anbietet, 90 Millionen Mark an Werbeeinnahmen akquirieren. Das werde dazu führen, daß man den Betriebsgesellschaften der Lokalradios 20 Millionen Mark prognostizieren könne. Darauf verwies Programmleiterin Elke Schneiderbanger und Geschäftsführer Hartmut Gläsmann bei einem Besuch des Hauptausschusses des Landtages unter der Leitung seines stellvertretenden Vorsitzenden Lothar Hegemann (CDU) bei dem in Oberhausen ansässigen Sender. Der Besuch war Teil einer medienpolitischen Bereisung auf deren Programm auch, wie bereits berichtet, das Europäische Zentrum für Medienkompetenz in Marl stand.

Gläsmann bezeichnete es als sehr wichtig, daß radio NRW und die Lokalsender auf allen Ebenen zusammenarbeiten. Radio spiele sich immer mehr auf der Straße ab. Er schloß: „Wir müssen präsent sein.“ Er verwies auf die „Radio mobil“-Kampagne 1997 „Lokales Radioprogramm wird sichtbar“, bei der man unter anderem einen Truck, einen geschlossenen Laster, eingesetzt und mit den Lokalradios eine Sommertour verabredet hatte. „Für uns war das Neuland“, gestand Gläsmann. Aber er fügte an, es sei eine gelungene Zusammenarbeit zwischen radio NRW und den Lokalstationen gewesen. „Mit dem Truck sind Sie quasi autonom“, verriet der Sprecher. 65 Einsätze habe es im Vorjahr gegeben, 33 Lokalradios

hätten sich beteiligt. Gläsmann folgerte: „Das ist der Weg, daß wir die Lokalsender im Marketingbereich unterstützen.“ Dabei verlasse man auch schon einmal das Land und folge den Fans, etwa zu einem Spiel der Champion-League.

Radio NRW läßt sich diese Marketing-Bemühungen etwas kosten. Bei einer landesweiten Marketing-Kampagne von Januar 1997 bis April 1997 waren eine Menge Autos zu gewinnen. Die Hörer mußten drei aufeinanderfolgende Musiktitel erkennen und konnten dann anrufen. 50 Peugeot 306 als Gewinne hatte die Geschäftsleitung dafür bewilligt. Alle 46 Lokalstationen beteiligten sich. In den Tageszeitungen der lokalen Verbreitungsgebiete wurde für die Aktion geworben. Der Erfolg war verblüffend. 4,5 Millionen Anrufer wurden gezählt.

Aus einer Erkenntnis hat radio NRW die Konsequenzen gezogen. Hartmut Gläsmann skizzierte die Ausgangsstellung mit dem Satz: „Wir entwickeln uns zu einer Event-Gesellschaft.“ Der Oberhausener Sender suchte daher die Berührung vor Ort, bei den großen Masseneignissen. Bei einem Konzert von Michael Jackson 1997 in Köln und der Kelly Family im gleichen Jahr in Essen hatte der Sender 20 Promotoren vor Ort und knüpfte je Konzert 50 000 Kontakte. Im Rahmenprogramm gab es eine Sondersendung. Die Lokalstationen profitierten.

All die Aktionen, zu denen auch das LBS Hithaus in Verbindung mit der Landesbausparkasse gehörte, mußte man sich in Oberhausen einfallen lassen, weil 1996 die Situation ernst zu werden begann. Die Reichweitenverluste mehrten sich. Im September 1996 begann man gegenzusteuern. Der große Konkurrent saß und sitzt in Köln. Nach einer „Standortbestimmung“ galt es, die Lücke zwischen den WDR-Programmen 1live und WDR 2 zu finden. Vor allem mußte die Zustimmung der jungen Hörerinnen und

Hörer wieder gewonnen werden, und der Morgen war wichtig. 70 v.H. der Hörschaft schalten nach Auskunft der Experten das Radio bis 9 Uhr ein.

In Oberhausen wurde kein Zweifel daran gelassen, wo der Hase im Pfeffer liegt: „Unser Problem ist WDR 2“, hieß es. Man setze jetzt auf Information und lokale Kompetenz. Als Ziel schwebt den Verantwortlichen vor, gemeinsam mit den Lokalfunkern die Reichweiten, also die Hörschaft, zu stabilisieren.

Bei der Aussprache sagte CDU-Sprecherin Ruth Hieronymi: „Sie haben ja nicht nur sehr viel Power, sondern auch zweifelsfrei sehr viel Geld in die Aufbauarbeit der letzten zwei Jahre gesteckt.“ Sie wollte dann wissen, wie man das vor dem Hintergrund der jetzigen finanziellen Lage weiterzuführen plane, bezogen auf Umsatzerlöse, bezogen aber auch auf die Erlöse, die an die Lokalfunkstationen ausgeschüttet würden. Auch für die Konsequenzen aus der 9. Novelle des Landesrundfunkgesetzes interessierte sich Frau Hieronymi.

Reinhard Grätz (SPD) stellte die Frage, wie sich das Klima zwischen den Lokalstationen und radio NRW entwickle. Man könne ja nicht 46 Stationen abfragen. Der Abgeordnete erinnerte daran, daß man in einer Irritationsphase sehr unterschiedliche Meinungen gehört habe. Er halte es für entscheidend, daß sich ein konstruktives Klima entwickle. CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linssen meinte, was die Segmentierung angehe, so schreite sie munter fort. Er ging auf die mögliche Bedrohung ein, zwischen den Blöcken zerrieben zu werden, und erkundigte sich, wie sich radio NRW mittel- und langfristig in dem „wahnsinnigen Wettbewerb“ behaupten wolle, welche Idealvorstellungen man da habe. Die SPD-Abgeordnete Karin Jung machte sich „eigentlich nicht so viel Sorgen um das Radio“. Das Problem sei das „Geheul“, was die Lokalstationen angehe. Sie vermißte den Erklärungsansatz, warum das landesweit gehe und vor Ort nur unter Schwierigkeiten. Der SPD-Medienexperte Marc Jan Eumann machte deutlich, daß sicherlich auch durch die Bekanntgabe von Prognosen für Irritationen gesorgt worden sei. Er fuhr fort, der Eindruck, den er von der heutigen Präsentation mitnehme, sei der, daß radio NRW tatsächlich mit großer Kreativität und Innovation hier die Chance, die man habe, nutze. In seiner Antwort unterstrich Gläsmann, es gäbe eine Reihe von Vorbehalten. So sei auch die Frage aufgetaucht, ob radio NRW die Lokalstationen übernehmen wolle. Das wolle man nicht. Wenn man aber die Möglichkeit, Synergieeffekte zu schaffen, nicht wahrnehme, dann sei man tot. Er bestätigte, daß sich als Konsequenz aus der 9. Novelle erst einmal Irritationen ergeben hätten. Das von Frau Jung erwähnte „Geheul“ klassifizierte er mit dem Satz: „Das ist doch typisch deutsch.“ Elke Schneiderbanger bestätigte, daß die Verunsicherung im System zu starken Personalwechseln bei den Lokalstationen führe. Aber das alte Haßverhältnis zwischen radio NRW und den Lokalradios löse sich langsam auf. Mit einzelnen Ausnahmen sei das Klima bei den Veranstaltergemeinschaften, Betriebsgesellschaften und Chefredakteuren positiv. Zu den Lokalfunkstationen fügte sie an: „Ich will, daß sie möglichst viel selbst machen.“



Der Arbeitskreis der Soester Tageseinrichtungen für Kinder hat zum Kindergartengesetz eine Unterschriftenaktion durchgeführt. Der Initiator der Aktion, Potthast (3. v. r.) sowie der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Eckhard Uhlenberg (2. v. l.) übergaben die an das Landesparlament gerichteten Listen Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.). Beigefügt waren Listen einer gleichgerichteten Aktion aus Werl und aus Wickede an der Ruhr.

Foto: Schälte

## Dissens wegen Umsatzsteuer für Sprachheilpädagogen

Im Haushalts- und Finanzausschuß stand am 5. März erneut das Thema „Umsatzsteuerliche Behandlung von Sprachheilpädagogen und Sprachheilpädagoginnen“ auf der Tagesordnung. Der CDU-Antrag, sich wie der Bundestagsfinanzausschuß für die Gleichbehandlung mit Logopäden zu entscheiden und die Umsatzsteuerbescheide auszusetzen, wurde nach längerer Aussprache von der Mehrheit aus SPD und GRÜNE abgelehnt. Statt dessen solle eine bundeseinheitliche Lösung durch die Ministerpräsidenten der Länder angestrebt werden. Im November 1997 hatte das Finanzministerium auf Drängen der GRÜNE-Abgeordneten im Ausschuß klargestellt, der Bund sei für Änderungen bei der Umsatzsteuer zuständig; eine landesrechtliche Berufsregelung sei notwendig, um Sprachheilpädagogen den Logopäden gleichzustellen und damit von der Umsatzsteuer zu befreien (Landtag intern 19/1997). – Einen CDU-Gesetzentwurf, wonach „Medizinische Sprachheilpädagogen“ eingeführt werden sollen, die von der Umsatzsteuer befreit werden könnten, überwies der Landtag am 18. März in die Ausschußberatung (Bericht in der nächsten Ausgabe).

Im Haushaltsausschuß teilte eine Vertreterin des NRW-Arbeitsministeriums mit, die Landesregierung werde noch im März eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Heilberufsgesetzes des Bundes für die „Altfälle“ von „rechtswidrig kassenzugelassenen Sprachheilpädagogen“ einbringen. Vorsitzender Leo Dautzenberg (CDU) hatte auf eine Anhörung und einen einstimmigen Ausschußbeschuß im Bundestag hingewiesen und ein Änderungsgesetz des Landes Niedersachsen verteilen lassen. Daniel Kreutz (GRÜNE), dem die anderen Fraktionen für seine Beiträge dankten, warnte vor einem Alleingang des Landes NRW mit Berufsverbot für kassenzugelassene Sprachheilpädagogen ab dem Jahr 2000 und Zwangsumschulung durch einen privaten Träger. Er wolle nicht mithaften für bürokratische Realitätsferne, mit der sich NRW bundesweit der Lächerlichkeit preisgebe. Helmut Diegel, Michael Breuer und Volkmar Klein (CDU) sprachen sich für Aussetzen der Umsatzsteuerbescheide aus, um Praxen vor dem Ruin zu retten. Reinhold Trinius, Robert Krumbein und Ernst-Martin Walsken (SPD) hielten die niedersächsische Lösung für bedenklich, die Kassenzulassung medizinisch nicht hinreichend ausgebildeter Fachleute für eine Notlösung und eine bundeseinheitliche Änderung des Logopädengesetzes für den rechtlich einzig sauberen Weg. Den Vollzug der Steuerbescheide, gegen die Widerspruch eingelegt worden sei, könne man bis dahin aussetzen.

Auf die Frage von Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) teilte die Ministeriumssprecherin mit, zur Zeit seien in NRW zehn Sprachheilpädagogen unbeschränkt und 95 eingeschränkt kassenzugelassen. Nach dem Erlaß des Arbeitsministers müßten erstere die Logopädenprüfung ohne Nachqualifizierung ablegen, da die Kassen von ihnen bereits 1900 Weiterbildungsstunden zusätzlich zu deren Studium verlangt hätten. Die eingeschränkt zugelassenen Sprachheilpädagogen müßten 200 Unterrichtsstunden nachholen. Das werde als zumutbar angesehen.

## FH Rhein-Sieg wird „frauengerechte Hochschule“

### Professorinnen-Laufbahn früher anpeilen!

Im Ausschuß für Frauenpolitik stand in der von Helga Gießelmann (SPD) geleiteten Sitzung am 13. März auch der Ausbau der Fachhochschule Rhein-Sieg als frauengerechte Hochschule auf der Tagesordnung.

Zunächst erläuterte Gleichstellungsministerin Ilse Ridder-Melchers auf Bitten der SPD die neuen Hinweise zum Erlaß über ein eigenständiges Bleiberecht für ausländische Frauen mit genaueren Vorgaben für Härtefälle. In NRW zählen künftige Integration, gewachsene Bindungen, schwerwiegende gesellschaftliche Diskriminierung nach Auflösung der Ehe im Heimatland bei Abschiebung, aber auch körperliche oder seelische Mißhandlung, Zwangsabtreibung, Zwangsprostitution in Deutschland sowie Pflegepflichten von Kindern als Gründe für ein Bleiberecht. Marianne Hürten (GRÜNE) begrüßte den „offenen Katalog“ und den Sozialhilfebezug von Müttern ohne Berufstätigkeit.

Die Fachhochschule (FH) Rhein-Sieg stelle die Komponente Frauengerechtigkeit neben drei andere profilbildende Gründungsziele (Interdisziplinarität, Internationalität und Praxisbezug) gleich, erläuterte Frau Schneider-Salomon (Wissenschaftsministerium). Das Ziel „gleichberechtigte Teilhabe von Wissenschaftlerinnen, Studentinnen und Verwaltungsmitarbeiterinnen“ erregte bundesweit Aufsehen. Im Handlungsfeld Hochschule sollten Studiengänge so gestaltet werden, daß sie mehr junge Frauen anziehen, ihre Minderheit im technischen Bereich aufgefangen und die didaktische Kompetenz weiblichen Lehrpersonals gestärkt werden. Im Handlungsfeld Kooperation mit Schulen und Betrieben solle zum Beispiel auf Praktikumsplätze und betriebliche Probleme als Themen für Diplomarbeiten geachtet werden. Im Handlungsfeld soziale Rahmenbedingungen gehe es um Wohnen, Kinderbetreuung, Unterstützung Alleinerziehender. Die Einführung eines

Studiengangs nur für Frauen werde nicht weiterverfolgt. Mit einem Professorinnenanteil von 35 Prozent liege die FH Rhein-Sieg, schloß die Ministeriumssprecherin, weit über dem Landesdurchschnitt.

Gründungsrektor Severing nannte als weiteres Handlungsfeld Controlling, Evaluierung und wissenschaftliche Begleitung. Er berichtete dann vom Frauenanteil in den einzelnen Studiengängen: Wirtschaftswissenschaften etwa 35 Prozent, Angewandte Informatik 2 von 30, Elektrotechnik/Chemie 1 von 30. Besonders auf soziale Kompetenz und Schlüsselqualifikationen (interdisziplinäres Arbeiten, Kommunizieren) ausgerichtet sei der neue Studiengang Technikjournalismus, der besonders interessierte Fragen von SPD-Sprecherin Brigitte Speth nach sich zog. Die Frauenbeauftragte sei keine Einzelkämpferin, sondern die Aufgabe werde von allen getragen, versicherte der von seinem Auftrag überzeugte Gründungsrektor.

Spezielle Frauenförderprogramme seien nicht beabsichtigt, antworteten beide auf zahlreiche Nachfragen. Bei der Habilitation solle neben der Promotion auch Berufspraxis gewichtet werden. In technischen Studiengängen sollten die sprachlichen Elemente betont werden. Um mehr Studentinnen für Informatik zu motivieren, sei eine Sommer-Akademie für Frauen gedacht. Die FH gehe anders mit Bewerbungen von Professorinnen um, nicht mit Vermeidungsstrategien wie sie andernorts üblich seien. Abschließend bemerkte Professor Severing, Frauen entschieden sich viel zu spät für das Laufbahnziel Professorin an einer Fachhochschule, und es hörte sich so an, als ob das ein für Frauen sehr erstrebenswerter Beruf sei.



Bei einem Besuch des Wirtschaftsausschusses des Bayerischen Landtags in Düsseldorf tauschten Abgeordnete aus dem Wirtschafts- und dem Haushaltsausschuß des NRW-Landtags Informationen über den Arbeitsalltag und über aktuelle Sachprobleme wie Neuregelung des Länderfinanzausgleichs und elektronischen Handel an Regionalbörsen aus, (v. r.) Dr. Heinz Kaiser aus Unterfranken (SPD, stellvertretender Vorsitzender), Franz Ihle aus dem bayerischen Schwaben (CSU, Vorsitzender), Hannelore Brüning (CDU, Vorsitzende), Loke Mernizka (SPD, Stellvertreter), Leo Dautzenberg (CDU, Vorsitzender des Haushaltsausschusses). Dr. Kaiser berichtete von viel umfangreicheren Tagesordnungen, verursacht durch das in NRW nicht vorgesehene Antragsrecht des einzelnen Abgeordneten, und von grundsätzlich öffentlichen Ausschußsitzungen im Bayerischen Landtag. Bei Sachthemen interessierten sich die bayerischen Kollegen (Kolleginnen waren nicht dabei) für die Ansiedlung von Zellstoffindustrie und die NRW-Förderung regenerativer Energien. Loke Mernizka (SPD) informierte über Änderungen bei EU-Fördermitteln und über die Umqualifizierung von Bergleuten, sein Kollege Armin Nentwig über das bayerische Montanproblem Maxhütte. Das von Leo Dautzenberg (CDU) vorgestellte Berichterstatter-System und die Einbindung der Fachausschüsse in die Haushaltsberatungen löste großes Interesse der Gäste aus, wurde aber nicht als nur nachahmenswert empfohlen. Vom Düsseldorfer Wirtschaftsausschuß wurden sie mit 15 Seiten NRW-Wirtschaftsdaten versorgt unter dem Leitsatz: „Nordrhein-Westfalen ist der zentrale Marktplatz Deutschlands und Europas.“

Foto: Schälte

## Verwaltungsreform

# Bund zieht sich aus OFD zurück

*Auf Wunsch der Ausschlußvorsitzenden Renate Drewke (SPD) berichtete Staatssekretär Ernst Gerlach (Finanzministerium) im Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform am 4. März, der Bund habe per Erlaß die Gemeinsamkeit der Bund-Länder-Einrichtung Oberfinanzdirektion (OFD) mit Wirkung zum 1. Juli 1998 aufgekündigt. Befürchtungen der Vorsitzenden, auch die Strukturen der Landesbehörden würden tangiert, wurden bestätigt.*

Staatssekretär Gerlach berichtete, schon seit 1990 sei bundesweit der Zolbereich um 300 Ämter reduziert worden. Bis zum Jahre 2005 sei nun die völlige Auflösung und Umstrukturierung der Bundesoberbehörden geplant (vgl. Bericht Landtag intern Nr. 19/1997). Bis zur völligen Auflösung der Außenstellen stünden fünf Jahre zur Verfügung.

Für NRW bedeute dies zu überlegen, ob das Land den gleichen Weg gehen und ob es andere Entwicklungen in der Zuständigkeit der Abteilungen (bei zunehmender Aufgabenwahrnehmung) geben werde. Gerlach äußerte Zweifel an der Richtigkeit dieser Entscheidungen, gebe der Bund damit doch auch seinen Einblick in Einkommensteuerauswirkungen aus in

Bonn beschlossenen Gesetzen preis. Der Weg sei falsch und werde nicht das einbringen, was sich der Bund davon verspreche. Die sich abzeichnende Schiefelage — drei OFD-Präsiden mit so unterschiedlichen Zahlen zwischen 350 und 1360 Beschäftigten — sei nicht befriedigend. Dennoch werde im Laufe des Jahres ein umsetzungsfähiges Konzept erarbeitet. Der Ausschuß will sich weiter mit der Thematik befassen.

Franz-Josef Britz (CDU) betonte bei der Beratung des CDU-Antrags „Haushalt konsolidieren — Überprüfung aller Förderprogramme beschleunigen“, seine Fraktion wolle damit die raschere Umsetzung des mit dem Pflichtenheft verfolgten Konzepts auf alle Förderprogramme erreichen. Es sei schon nicht einleuchtend gewesen, daß die Landesregierung mit dem schwierigen Paket der Beratungsprogramme begonnen habe. Die Prüfung des übrigen, sehr haushaltsträchtigen Bereichs müsse nicht so hohe Anforderungen erfüllen. Der Antrag seiner Fraktion sei Ausfluß des Ergebnisses des Gutachtens von prognos + simma.

Hans Krings (SPD) stellte fest, der Ausschuß sei durchaus einig in der Frage der Einführung eines Zuwendungscontrollings, mahnte aber zur Geduld. Die großen Zuwendungsbereiche stünden unter Dauerkontrolle, bedingt durch jährliche Haushaltsberatungen und die Vorgaben der Förderrichtlinien. Ohne Testlauf könne die Praktikabilität aber nicht abgeschätzt werden, über die Verwertbarkeit und Übertragungsmöglichkeit müßten erst Erfahrungen gesammelt werden.

Jens Petring (GRÜNE) ergänzte, der CDU-Antrag sei teilweise unzutreffend. Seine Fraktion habe auch ein Interesse daran, über die jeweils gewonnenen Erkenntnisse unterrichtet zu werden. Über die Einführung des Pflichtenheftes und die Übertragbarkeit müsse man sich dann in den einzelnen Fachbereichen verständigen.

Die Koalitionsfraktionen stellten sich somit hinter das Konzept der Landesregierung, die — und das wurde besonders herausgestellt — Neuland betrete. Die Ressorts sind verpflichtet worden, sich bis zum 30.10.1999 zur Übertragbarkeit des Pflichtenheftes auf alle Förderbereiche zu äußern. Sodann müssen sie bis zum 1.9.2000 das jeweilige Pflichtenheft erstellt haben. Schließlich sollen sie dem Finanzminister bereits zum 30.4.1998 das Ergebnis von Effizienz- und Effektivitätskontrollen mitteilen, damit sich diese im Haushaltsentwurf für das kommende Jahr niederschlagen können.

Christian Weisbrich (CDU) stellte fest, Unterschiede in den Fraktionen bestünden nur hinsichtlich des Tempos. Der Zeitrahmen zwischen den ersten Überlegungen im Anschluß an Hinweise des Landesrechnungshofs im Jahre 1992 und der Einführung des Zuwendungscontrollings bzw. des Pflichtenheftes im Jahr 2000 sei nicht hinnehmbar. Er zitierte sodann sich jährlich wiederholende Prüfvermerke des Landesrechnungshofs. Aussitzen, Vertagen, Verschieben und Verschleppen, das sei ärgerlich. Wolfgang Fröhlecke

## Vorsitz, Assistenz und Protokollanz der Ausschüsse

Ausschuß	Vorsitz Abgeordnete/r	Tel.	Assistent/in	Tel.	Stenograph/in	Tel.
Ältestenrat	Ulrich Schmidt (SPD)	2200	Werner Fußbahn	2480	Walther Hezel	2460
Arbeit/Gesundheit/Soziales	Bodo Champignon (SPD)	2643	Frank Schlichting	2580	Otto Schrader	2467
Europa-/Eineweltpolitik	Prof. Dr. Horst Posdorf (CDU)	2717	Ref.Ltr. Hans-J. Wegner*)	2145	Uwe Scheidel	2476
Frauenpolitik	Helga Gießelmann (SPD)	2160	Astrid Hopstein-Menn	2177	Franz-Josef Eilting	2465
Grubensicherheit	Eberhard Sohns (SPD)	2638	Günter Baumann	2522	Wolfgang Theberath	2468
Hauptausschuß	Klaus Matthies (SPD)	2220	Hans Lennertz	2226	Otto Schrader	2467
Haushalt/Finanzen	Leo Dautzenberg (CDU)	2716	Silvia Winands	2336	G. Labes-Meckelnburg	2746
Unterausschuß Personal	Peter Bensmann (CDU)	2767	Hans-J. Donath**)	2338	wechselnd	
Haushaltskontrolle	Wilhelm Riebiger (CDU)	2730	Günter Baumann	2522	Christoph Filla	2463
Innere Verwaltung	Klaus Stallmann (CDU)	2723	Wolfgang Fröhlecke	2488	Heike Niemeyer	2462
Kinder/Jugend/Familie	Annegret Krauskopf (SPD)	2674	Astrid Hopstein-Menn	2177	Uwe Scheidel	2476
Kommunalpolitik	Friedrich Hofmann (SPD)	2633	Günter Baumann	2522	Michael Endres	2011
Kulturausschuß	Leonhard Kuckart (CDU)	2261	Norbert Krause	2521	Franz-Josef Eilting	2465
Ernährung/Landw./Naturschutz	Heinrich Kruse (CDU)	2781	Thomas Wilhelm	2523	Gertrud Schröder-Djug	2477
Migrationsangelegenheiten	Christiane Bainski (GRÜNE)	2249	Frank Schlichting	2580	wechselnd	
Petitionsausschuß	Barbara Wischermann (CDU)	2785	Ref.Ltr. Dr. Tamblé*)	2425	—	
Rechtsausschuß	Gunther Sieg (SPD)	2792	Georg Schröder	2487	Heike Niemeyer	2462
Schule/Weiterbildung	Heinrich Meyers (CDU)	2729	Wolfgang Kubitzky	2856	Gertrud Schröder-Djug	2477
Sportausschuß	Dr. Hans Kraft (SPD)	2667	Wolfgang Kubitzky	2856	Wolfgang Theberath	2468
Städtebau/Wohnungswesen	Adolf Retz (SPD)	2668	Harald Holler	2489	G. Labes-Meckelnburg	2746
Umweltschutz/Raumordnung	Klaus Strehl (SPD)	2151	Thomas Wilhelm	2523	Dr. Hildegard Müller	2433
Verkehrsausschuß	Manfred Hemmer (SPD)	2660	Harald Holler	2489	Dr. Hildegard Müller	2433
Verwaltungsstrukturreform	Renate Drewke (SPD)	2158	Wolfgang Fröhlecke	2488	Michael Endres	2011
Wirtschaft/Mittelstand/Technol.	Hannelore Brüning (CDU)	2536	Georg Schröder	2487	Wolfgang Theberath	2468
Wissenschaft/Forschung	Ingrid Fitzek (GRÜNE)	2883	Norbert Krause	2521	Michael Endres	2011
EK Zukunft Erwerbsarbeit	Prof. Dr. Friedhelm Farthmann (SPD)	2068	Maria Anna Schmitz	2484	Wolfgang Theberath	2468
EK Zukunft der Mobilität	Johannes Rimmel (GRÜNE)	2748	Sabine Lukas	2898	wechselnd	

\*) Dem Ausschuß für Europa-/Eineweltpolitik und dem Petitionsausschuß arbeitet jeweils ein eigenes Referat der Landtagsverwaltung zu.

\*\*) zugleich Geschäftsführer des Gutachterdienstes der Landtagsverwaltung

## Schwangerschaftsberatung:

### Ohne Schein kein Geld

Im Ausschuß für Frauenpolitik stand am 13. März erneut der CDU-Antrag (Drs. 12/233) auf der Tagesordnung, die Finanzierung der Schwangerschaftskonfliktberatung zu sichern. Ministerialdirigent Dr. Harms (Sozialministerium) berichtete, in diesem Jahr seien dafür elf Millionen Mark im Haushalt vorgesehen, bei leicht gestiegener Zahl der Abbrüche. Die neue Anerkennungs-Richtlinie sei am Vortag fertiggestellt worden, werde nach Abschluß der Ausschußberatungen veröffentlicht und solle endgültig ab 1. Juni 1998 gelten.

In den Richtlinien, die die Grundlage für die staatliche Anerkennung von Beratungsstellen und damit für Landesförderung bilden, heißt es: „Die Bescheinigung darf weder verweigert noch darf durch eine Fortsetzung der Beratung ihre Ausstellung so weit hinausgeschoben werden, daß die Einhaltung der Frist von zwölf Wochen nach der Empfängnis unmöglich wird“; die Frist bezieht sich auf den straffreien Abbruch der Schwangerschaft. Im Landtag war am 5. Februar in einer Aktuellen Stunde über „Konsequenzen zur Entscheidung der katholischen Bischofskonferenz zur Schwangerschaftskonfliktberatung“ debattiert worden (Landtag intern Nr. 3/1998), wonach dem päpstlichen Dekret folgend, katholische Stellen keine Beratungsbescheinigungen (die zum straffreien Abbruch berechtigen) mehr ausstellen dürfen.

Regina van Dinther (CDU) beklagte mangelnde Information bei manchen Trägern und die Ungleichbehandlung bei der Finanzierung. Nach den seit Juni 1997 geltenden Richtlinien müsse auch auf Möglichkeiten des Abbruchs und dessen Finanzierung hingewiesen werden, das sei neu. Dr. Harms antwortete, der Ausbau eines ausreichenden pluralen Angebots wohnortnaher Beratung sei mittelfristig erreichbar, jedoch durch die katholischen Bischöfe komplizierter geworden. Die Korrespondenz mit den Bischöfen sei abgeschlossen. Er gehe davon aus, daß die Beratung nach dem Gesetz erfolge.

Marianne Hürten (GRÜNE) begrüßte die neue Richtlinie, wies auf Lücken bei pro-Familia-Beratungsstellen hin und sprach sich dafür aus, nicht alle Träger gleich zu fördern, vielmehr die deutlich stärkere Finanzkraft der Katholischen Kirche zu berücksichtigen. Brigitte Speth (SPD) fragte nach Folgen, wenn ein Träger nicht unterschreibe. Die Kirche habe sich selbst ein Problem geschaffen und mit der Maßgabe „ohne Scheine“ aus der Anerkennung verabschiedet. Regina van Dinther (CDU) räumte ein, arme Träger bräuchten mehr (Landesmittel) als die Kirchen. 81 Prozent für die eine und 41 Prozent Zuschüsse für die andere, das gehe aber nicht. Brigitte Speth (SPD) meinte zu Folgen, wenn die Kirche den Passus nicht unterschreibe, die Landesregierung müsse sich an Richtlinien halten, wenn es um Staatsgelder gehe.

Dr. Harms riet dazu, den (guten) Ausgang seiner Verhandlungen mit der Kirche abzuwarten. Das Inkrafttreten der Richtlinien bilde die Ausgangslage. Die (erleckerliche) Zahl der beratenden Ärzte werde zum 1. Juni bekanntgegeben. Diese trügen erheblich zum Angebot bei. Regina van Dinther erhielt



Die CDU-Abgeordnete Karin Hussing ( M. ) ist mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) überreichte den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden in einer Feierstunde im Landtag. Die Auszeichnung erfolge für Verdienste, die Karin Hussing (auf dem Bild mit ihrem Ehemann) vor allem im Rahmen ihrer vielfältigen Aktivitäten auf Landes- und kommunalpolitischer Ebene sowie im ehrenamtlichen Bereich erworben habe, sagte der Präsident in seiner Laudatio. Er nannte Frau Hussing „ein typisches Kind des Reviers“. Sie habe Eigenschaften, die man den Menschen im Ruhrgebiet all-gemein nachsage: Kontaktfreudigkeit, die offene Gabe, auf andere Menschen zugehen zu können und vor Problemen die Augen nicht zu verschließen. 1974 sei sie in die CDU eingetreten, seit 1997 sei sie Mitglied des Kreisvorstandes der CDU Herne. Seit 1990 gehöre sie dem Landtag an, wo sie sich mehr als hundertprozentig einbringe. Durch engagierte Mitwirkung gestalte sie die Arbeit der verschiedenen Fachausschüsse ganz wesentlich mit.

Foto: Schälte

### Frauenausschuß

#### Flexibler Erziehungsurlaub

Im Ausschuß für Frauenpolitik berichtete Gleichstellungsministerin Ilse Ridder-Melchers über eine Bundesratsinitiative zum Erziehungsurlaub.

1997 hätten knapp 180 000 Mütter und Väter, davon zwei Prozent Männer, Erziehungsurlaub ab dem ersten Lebensjahr ihres Kindes genommen, ab dem zweiten Lebensjahr knapp 140 000 und darüber hinaus rund 50 000, davon nur noch 344 Männer. Die Zahlen sprächen für sich, meinte die Ministerin. In Schweden seien die Männer eher dazu bereit. Nach der Bundesratsinitiative sollten Eltern künftig neben der vollen Freistellung in den ersten drei Jahren auch einen Rechtsanspruch auf Teilzeit bis zum sechsten Lebensjahr des Kindes erhalten. Außerdem sollten Mütter und Väter künftig gleichzeitig Erziehungsurlaub nehmen können. Die Ministerin bat den Ausschuß um positive Begleitung dieser Initiative, die ihr von SPD und GRÜNEN zugesichert wurde. Die CDU schloß sich dem Votum nicht an, will aber ebenfalls an der Weiterentwicklung des Erziehungsurlaubs arbeiten.

Astrid Hopstein-Menn

den Antrag ihrer Fraktion und die Bedenken gegen die neuen Richtlinien aufrecht. Brigitte Speth hielt die bischöflichen Richtlinien für nicht mit dem Gesetz vereinbar und regte einen (gemeinsamen) Änderungsantrag mit besonderer Berücksichtigung „armer Träger“ an. Dr. Harms wurde um eine rechtliche Einschätzung der neuen Richtlinie gebeten.

### Meerbusch klagte erfolgreich gegen Land

Im Ausschuß für Kommunalpolitik bestätigte Innenminister Franz-Josef Kniola in einer von der CDU beantragten Aktuellen Viertelstunde, die Stadt Meerbusch erhalte 200 000 Mark Prozeßkosten vom Land. Gegen verspätete Erstattung von Asylbewerberleistungen durch das Land habe Meerbusch als einzige Kommune geklagt, und zwar erfolgreich laut Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster. Kniola bestätigte dem CDU-Abgeordneten Franz-Josef Britz, das Land müsse in angemessener Zeit nach einem Kostenbescheid reagieren, andernfalls Prozeßkosten tragen. Das Urteil sei von grundsätzlicher Bedeutung. Allerdings habe es bis 1993, als die Asylbewerberleistungen noch nicht pauschaliert gewesen seien, kaum so mangelfreie Anträge wie die von Meerbusch gegeben.



Einen 24-Meter-Bus, „so wenig wie ein 12-Meter-Bus“, in Deutschland für 130 Personen zugelassen, testete der Verkehrsausschuß bei seinem Besuch in Oberhausen, v.r. Vorsitzender Manfred Hemmer (SPD).

## Wirtschaftsausschuß . . .

(Fortsetzung von Seite 9)

teile des regionalisierten Konsens-Modells und auf Schwerpunkte der Forschungspolitik des Landes.

Minister Clement verdeutlichte den Auftrag der Technologiezentren, Unternehmensgründungen mit Umsätzen zu ermöglichen, und kündigte Anreizsysteme für mehr Wettbewerb und bessere Strategien an. Thomas Mahlberg (CDU) vermißte wirkliche Wachstumsbereiche, wie Bio- und Gentechnologie, und hielt Existenzgründung nicht für den Hauptzweck von TZ-Förderung. Zu weiteren Fragen räumte der Minister ein, das Interesse der Betreiber von TZ an hohen, stabilen Mieten sei ein Konstruktionsfehler. Die Landesregierung wolle den Auszug nach drei bis fünf Jahren. Nur vereinzelt seien Beratungskompetenzen nötig. Irmgard Schmid (SPD) wunderte sich über das Verlangen von Richtlinien durch die CDU. Bernhard Tenhumberg (CDU) bemängelte dreifache Förderung (Gründung eines TZ, einzelne Existenzgründung, Auslagerung) und verglich den Landesmittelaufwand mit (halb so viel) regionaler Wirtschaftsförderung pro Arbeitsplatz.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Bodo Hombach unterstützte die Kernpunkte des Gutachtens: Technologiezentren spielten eine wichtige Rolle für Existenzgründungen bei Hochtechnologien, sie trügen zu Wachstum und Bestandssicherung von Unternehmen bei und schufen hochqualifizierte Arbeitsplätze. Die SPD messe den Verbesserungsvorschlägen große Bedeutung bei, werde neue TZ-Flächen nur ausnahmsweise befürworten und stimme dem Abgleichen mit anderen Förderwegen sowie dem Controlling zu. Es dürfe nicht nur nach Überlebensquoten und der Dauer der „Inkubationsphase“ gefragt werden. Das Gutachten sei sehr hilfreich.

Minister Clement wies nach einer Frage von Hubert Schulte (CDU) auf Außentransferstellen für TZ-Standorte ohne Hochschulnähe hin und bestätigte die 15jährige Bindung der Landesförderung. Nachdem Thomas Mahlberg (CDU) „schwere Fehler der Vergangenheit“ bemerkt und Christian Weisbrich (CDU) um eine Lösung für die von TZ-Betreibern nicht erzielbaren Fixkosten gebeten hatte, bekannte Clement, die teure Architektur der TZ-Gebäude sei als psychologisches Signal beabsichtigt gewesen.

Bei der Erörterung der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (Vorlage 12/1876) bestätigte das Wirtschaftsministerium, bei den im Soll-Ist-Vergleich aufgeführten 17673 Arbeitsplätzen handele es sich um neue Arbeitsplätze, die von 1991 bis 1995 mit weniger als 500 Millionen Mark Förderung geschaffen worden seien. Minister Clement bestätigte der GRÜNEN-Sprecherin Alexandra Landsberg, der Bund habe die Mittel für 1998 für diese Gemeinschaftsaufgabe von 110 auf 63 Millionen Mark drastisch gekürzt; das Land erhalte jedoch seinen Anteil von 110 Millionen Mark aufrecht.

Für 1996 weist die Vorlage 143 Millionen Mark Förderung für 100 Investitionsvorhaben der gewerblichen Wirtschaft (einschließlich Fremdenverkehr) mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 1188 Millionen Mark und rund 2513 neuen Dauerarbeitsplätzen aus. Nicht-investive Projekte der gewerblichen Wirtschaft (Beratung, Bildung) seien mit 8,5 Millionen Mark gefördert worden. 31 Assi-

stentinnen und 15 Assistenten seien im Rahmen der Förderung der „Humankapitalbildung“ neu eingestellt worden.

Auch beim Thema „Vorbereitung der NRW-Wirtschaft und -Verwaltung auf den EURO“ (siehe Kasten) bat die CDU im Wirtschafts-

### Was bringt der EURO?

Der Weg zur Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung im Jahr 1999 ist irreversibel. Laut Gutachten der RWTH Aachen zu „Auswirkungen der WWU auf das Land NRW“, das das Wirtschaftsministerium in Auftrag gegeben hat (Information 12/566) wird die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) den NRW-Unternehmen die Chance zur Neupositionierung auf dem europäischen Markt eröffnen. Die Wissenschaftler halten eine Vielfalt von direkten und indirekten Effekten für alle Branchen durch die EURO-Einführung für offensichtlich und führen unter anderem aus:

Aufgrund der erhöhten Preistransparenz ist im Automobilbau mit einem erhöhten Preiswettbewerb zu rechnen. Auf dem Gebiet der stahl- und metallverarbeitenden Industrie wird Großbritannien und Italien die Möglichkeit genommen, sich durch eine Abwertung der Währung einen (zumindest kurzfristigen) Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Im Bereich Maschinen- und Anlagenbau wird eine deutliche Entlastung bei den Kurssicherungs- und Transaktionskosten erwartet. Auch sollte die Einführung des EURO den Betrieben mehr Sicherheit bei der Markterschließung und bei Direktinvestitionen geben. Die Chemieindustrie wird von einem Wegfall der Transaktionskosten und der Wechselrisiken zwischen den an der WWU teilnehmenden Staaten profitieren. Da die Ausrichtung der Großchemie auf Wachstumsmärkte zielt, dürfte dem EURO sowohl auf der Produktionsseite als auch auf der Ebene der Währungsverwendung nur eine geringe Relevanz zukommen.

Was die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) angeht, so ist die Beurteilung der Wirkungen für NRW gemischt. Auf einer Seite wird eine gemeinsame Währung den meisten KMU die Chance eröffnen, überhaupt international tätig zu werden. Eine unterstützende und anleitende Rolle kommt dabei sicherlich der Wirtschaftspolitik des Landes zu. Auf der anderen Seite sind mit dem EURO auch negative Aspekte für die KMU verbunden: So kann in der Übergangsphase der Druck auf die KMU in ihrer Rolle als Zulieferer durch die Umstellung der Großunternehmen enorm sein. Aufgrund der oft fehlenden finanziellen und personellen Ressourcen kann es gerade bei den KMU zu Umstellungsschwierigkeiten kommen. Das birgt das Risiko, daß bestehende Lieferbeziehungen auseinanderbrechen und Umsatzeinbußen hervorgerufen werden könnten.

Als Sparten, die durch die WWU einen zusätzlichen Aufwand zu bewältigen haben, sind der Einzelhandel und die Automatenaufsteller zu nennen. Zu den tendenziellen Gewinnern der Währungsunion werden wohl die Druckereien, EDV-Dienstleister und Wirtschaftsberatungen gehören. *Olga Mirochnitchenko*

ausschuß um Rücksicht auf den Mittelstand. Christian Weisbrich (CDU) meinte, kleinere Zulieferbetriebe könnten durch Umstellungszwänge in Teufels Küche geraten. Wirtschaftsminister Clement hatte ein Gutachten von Professor Klaus Gretschmann (Hochschule Aachen) erläutert, wonach die Wirtschaft in NRW die Währungsunion befürworte, die Auswirkungen auf eigene Unternehmen jedoch nicht so positiv beurteile und hohe Einführungskosten erwarte, die bis auf 1,5 Milliarden Mark geschätzt würden. Clement mahnte erneut, auf scharfen Wettbewerb gefaßt zu sein („Viele fühlen sich zu sicher“) und sich stärker auf die Nachbarländer zu konzentrieren. CDU-Sprecherin Ilka Keller wies auf einen Antrag ihrer Fraktion hin (Plenarbericht Seite 5).

### EU „Agenda 2000“

#### Auswirkungen auf NRW

*Im Haushalts- und Finanzausschuß erläuterte Staatssekretär Ernst Gerlach (Finanzministerium) am 5. März die vom Ausschuß nach dessen Brüssel-Besuch erbetenen „Auswirkungen der Agenda 2000 auf NRW“ (Vorlage 12/1878).*

Die „Agenda 2000“ gibt Aufschluß über die zukünftigen Politiken der Europäischen Union (EU), ihre Erweiterung und den Finanzrahmen einschließlich der Finanzierung für die Jahre 2000 bis 2006. Inzwischen hat auch der Bundesrat hierzu eine Entschließung gefaßt (BR-Drs. 904/97). Außerdem haben sich verschiedene Fachministerkonferenzen sowie die Ministerpräsidenten mit der Agenda auseinandergesetzt und verschiedene Lösungsvorschläge ausgearbeitet.

Die Landesregierung weist darauf hin, daß konkrete Auswirkungen der „Agenda 2000“ auf Nordrhein-Westfalen erst nach weiteren Verhandlungen und von der Kommission noch vorzulegenden, konkreten Vorschläge beurteilt werden könnten. Insbesondere im Agrarteil des Dokuments seien die Vorstellungen der Kommission trotz richtiger Ansätze nicht ausreichend, um die derzeitigen Probleme in der europäischen Landwirtschaft zu lösen. Die Neuordnung der Agrarförderung der Europäischen Union müsse zu einer stärkeren Berücksichtigung der unterschiedlichen regionalen Belange führen.

Von großem Interesse für die Landesregierung sei die Reform der EU-Strukturfonds, Vorschläge der Kommission enthielten jedoch noch viele Ungereimtheiten. Begrüßt wurde die Beibehaltung des aktuellen Planungsfonds der Ausgaben für die Strukturmaßnahmen in Höhe von 0,46 Prozent des Bruttonationalprodukts (BSP) der Union im Zeitraum 2000 bis 2006. Der Vorschlag der Europäischen Kommission, die Eigenmittelobergrenze in Höhe von 1,27 Prozent des BSP beizubehalten und durch strikte Haushaltsdisziplin nicht auszuschöpfen, wurde positiv bewertet. Die Landesregierung kritisierte allerdings, daß die gegenwärtige Verteilung der Finanzlasten in der EU für die Bundesrepublik Deutschland netto zu einer, im Vergleich mit anderen Mitgliedstaaten, überdurchschnittlichen Belastung führe. Daher bestehe die Notwendigkeit, die Finanzbeziehungen der EU für die Zeit nach 1999 neu zu ordnen.

Eva Hammächer

## Israel rückt von Absorptionserwartungen an die Zuwanderer ab

Eine Delegation aus sieben Landtagsabgeordneten des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten hat unter Leitung der Ausschußvorsitzenden Christiane Bainski (GRÜNE) Ende Februar/Anfang März Israel besucht. Unter dem Thema „Migration und Integration von ethnischen und kulturellen Minderheitsgruppen sowie Konzepte zu Integration von Zuwanderern mit jüdischem Hintergrund aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion“ wollten die Politiker zu Anregungen und Hinweisen für die eigene Arbeit gelangen. Gewünschter Effekt war daneben auch, in Israel zu zeigen, daß die Themen Migration und Integration in Nordrhein-Westfalen einen hohen Stellenwert haben und daß hier auch der bundesweit einzige Migrationsausschuß auf parlamentarischer Ebene arbeitet.

Hauptinteresse war es zu erfahren, welche Konzepte in Israel für eine Integration, vor allem von Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion, praktiziert werden und wie erfolgreich diese sind. Israel hat seit dem Wegfall des Eisernen Vorhangs 800 000 Einwanderer aus den beschriebenen Regionen aufgenommen, nach Nordrhein-Westfalen sind inzwischen aus diesem Gebiet rund 20 000 gekommen. In Israel ist man von einer Assimilation mit einem fast zwangsläufigen Verlust der kulturellen und ethnischen Identität abgerückt, wenn auch dort noch von einer Integration und „Absorption“ gesprochen wird. Die russischsprachigen Einwanderer haben in Israel eine eigene Partei (Israel Ba'Aliya) gebildet, die mit inzwischen sieben Abgeordneten in der Knesset vertreten ist. Hintergrund



Kranzniederlegung und Gedächtnis in der Holocaust-Gedenkstätte (v.l.): Frank Sichau (SPD), Christiane Bainski (GRÜNE) und Oliver Wittke (CDU).  
Foto: E. Rothstein

dieser Parteigründung war, daß sich diese Zuwanderer mit ihren Interessen nicht ausreichend vertreten sahen. Auch mögliche Segregationstendenzen wurden erörtert. Die hochrangigen Gesprächspartner reichten vom ehemaligen Minister, der Ausschußvorsitzenden und Ausschußmitgliedern der Knesset bis zum amtierenden Minister von Immigrants Absorption. Diese Gespräche erfolgten im Parlamentsgebäude der Knesset. Auch die Situation der palästinensischen Bevölkerung wurde in Gesprächen mit Vertretern des Palästinensischen Rates, dem Gouverneur des Distriktes Nablus und dem Generalsekretär des Palästinensischen Gewerkschaftsbundes reflektiert.

In der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem wurde von der nordrhein-westfälischen Delegation ein Kranz niedergelegt und der Opfer gedacht. Die Darstellung des fürchterlichen Schreckens, der Verachtung und der brutalen und grausamen Vernichtung von Menschen beeindruckte die Delegationsteilnehmer zutiefst – auch diejenigen, die schon einmal Yad Vashem besucht hatten.  
Frank Schlichting

## Unmut über gesperrte Mittel

Nach eingehender Beratung hat der von der Vorsitzenden Ingrid Fitzek (GRÜNE) geleitete Ausschuß für Wissenschaft und Forschung am 12. März den Antrag der CDU-Fraktion der „Unternehmergeist fördern, Gründungsmanagement entwickeln – eine neue Kultur der Selbständigkeit an den Hochschulen unseres Landes schaffen!“ (Drs. 12/2487 – siehe auch Bericht in Landtag intern vom 25. November vergangenen Jahres) einvernehmlich für erledigt erklärt.

Mit dem Thema will sich der Ausschuß allerdings weiterhin befassen und erwartet dazu in etwa einem Jahr einen aktualisierten Bericht des Wissenschaftsministeriums zur weiteren Entwicklung in der Förderung der unternehmerischen Selbständigkeit von Hochschulabsolventen. In der vorangegangenen Diskussion hob Ministerin Anke Brunn (SPD) unter Hinweis auf die in ihrer Broschüre „Perspektive Beruf – Praxisinitiativen an Hochschulen“ gemachten Angaben hervor, daß die Gründungsoffensive „GO!“ sehr intensiv weiterlaufe und sich großer Resonanz erfreue. Der Sprecher der CDU-Fraktion, Manfred Kuhmichel, sah die Zielsetzungen des Antrags in weiten Bereichen durch die Maßnahmen und Initiativen der Landesregierung und der Hochschulen derzeit als abgedeckt an. Zu der am 6. Oktober 1997 von der

Landesregierung durchgeführten zentralen Forumsveranstaltung „Neue Kultur der Selbständigkeit“ erbat er sich noch einen detaillierten Ergebnisbericht.

Gegenstand einer von der CDU-Fraktion beantragten Aktuellen Viertelstunde war die vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung (MWF) angekündigte Sperrung finanzieller Mittel an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen, die die sogenannte Eckdatenverordnung von 1994 noch nicht durch geänderte Prüfungsordnungen umgesetzt haben. Dies hat, insbesondere bei den Universitäten, zu erheblichem Unmut geführt. Die Ministerin führte aus, sie habe in ihrem Haushaltsbewirtschaftungserlaß von 1998 eine Regelung aufgenommen, wonach denjenigen Hochschulen, die ihre Prüfungsordnungen nicht bis zum 30. Juni diesen Jahres angepaßt haben, zehn Prozent der Mittel für Lehre und Forschung gesperrt werden. Diese Maßnahme sei den Hochschulen, die bis Ende 1995 Zeit gehabt hätten, ihre Bestimmungen der Eckdatenverordnung anzupassen, bereits im vorigen Jahr angekündigt worden. Es sei keineswegs beabsichtigt, das gesperrte Geld einzusparen, sondern erst dann auszuzahlen, wenn die angepaßten Prüfungsordnungen auf den Weg gebracht sind. Inzwischen habe ein klärendes Gespräch mit den Universitäten zu den näheren Modalitäten stattgefunden. Man werde bis Ende des Jahres sehen, wie weit die Hochschulen mit der Umsetzung gekommen seien.

Das „Damoklesschwert“ der Mittelkürzung wolle sie jedenfalls nicht aus der Hand ge-

ben. Kuhmichel (CDU) gab zu bedenken, daß bestimmte Studiengänge, zum Beispiel in der Chemie, nicht ohne weiteres oder nur unter schwierigen Bedingungen zu überarbeiten seien und daß möglicherweise die Studierenden die Leidtragenden seien. Dazu meinte MWF-Staatssekretär Dr. Wolfgang Lieb, unabhängig von Schwierigkeiten, die sich vielleicht in einzelnen Fächern ergeben würden, sei doch insgesamt die Frage zu bewerten, wie behertzt das Problem von den betroffenen Universitäten, die sich ja ohne weiteres freikaufen könnten, angegangen werde. Gerade von Studierenden sei gegenüber dem MWF immer wieder bemängelt worden, daß Studienordnungen immer noch nicht angepaßt worden seien.

Der Sprecher der SPD-Fraktion, Dietrich Kessel, zeigte durchaus Verständnis für die Vorgehensweise des Ministeriums, die im übrigen auch als sehr moderat zu betrachten sei. Schließlich gebe es noch Universitäten, die – wie das Ministerium bestätigt habe – erst zu 40 Prozent ihre Prüfungsordnungen angepaßt hätten. Von daher könne in bestimmten Fällen schon von einer gewissen Verhinderungsstrategie zur Umsetzung der Eckdatenverordnung gesprochen werden. Neben den Überlegungen der Landesregierung zur Neustrukturierung der Hochschulmedizin in Nordrhein-Westfalen befaßte sich der Ausschuß des weiteren mit dem aktuellen Sachstand zu den Planungen der Bundesländer zum Bafög sowie zum Stand der Beratungen zum neuen Hochschulrahmengesetz auf Bundesebene.

## CDU: Konzept zur Kooperation von Sportvereinen und Schulen erarbeiten

*Unter Leitung der Vorsitzenden Annegret Krauskopf (SPD) hat der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie des Landtags Nordrhein-Westfalen Anfang des Monats über den Antrag der CDU-Fraktion „Beitrag des Sports zur Bereitstellung bedarfsgerechter Ganztagsangebote an allen Schulformen“ (Drs. 12/1180) abschließend beraten, und ihn mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.*

Obwohl sich alle drei Fraktionen im Ausschuß darin einig waren, daß der Sport einen Beitrag im Rahmen von Ganztagsangeboten leisten könne und auch werde, war ein Konsens über den CDU-Antrag nicht herzustellen. Friedrich Schepsmeier (SPD) stellte fest, daß der Antrag der CDU sich lediglich mit dem Sport als einem Ausschnitt einer sehr viel umfangreicheren Zukunftsaufgabe befasse. Sport, wie auch andere Kernbereiche, würden ergänzend zur Schule und Jugendhilfe benötigt, dürften allerdings nicht überfordert werden. Daß, wie im Antrag ausgeführt, die Mitarbeit des Sports unerlässlich sei, dürfe nicht so verstanden werden, daß auf ein einschlägiges Angebot verzichtet werde, wenn sich vor Ort kein Sportverein finde, der sich einbringen wolle. Er sehe es vielmehr so, daß die Möglichkeiten des Sports im Sinne eines Beitrags genutzt werden müßten, im Rahmen eines Gesamtangebotes mitzuwirken. In diesem Zusammenhang müßten entsprechende Ressourcen und Interessen mobilisiert werden.

Ute Koczy (GRÜNE) wies darauf hin, daß die Modelle in Duisburg, Hilden und Remscheid bereits die Notwendigkeit belegt hätten, den Ganztagsangeboten ein weites Feld im Sinne eines Baukastensystems zu eröffnen. Auf dieser Grundlage könne örtlich und bedarfsgerecht ermittelt werden, wie die unterschiedlichen Einrichtungen zusammenarbeiten sollten. Ihrer Meinung nach müßten interkulturelle Angebote und Mädchenförderung berücksichtigt werden. Nach Einschätzung ihrer Fraktion habe der Sport eine hohe Bedeutung vor Ort und biete Jugendlichen einen sehr großen Anreiz.

Antonius Rösenberg (CDU) stellte fest, aus den Antragsberatungen in den mitbeteiligten Ausschüssen sei deutlich geworden, daß der CDU-Antrag vom Inhalt und seiner Zielrichtung her unstrittig sei, auch wenn es in der Bewertung des Themas Nuancen gebe. Er stelle fest, daß der während der Sitzung von den Koalitionsfraktionen vorgelegte Entschließungsantrag den Inhalt des CDU-Antrags lediglich mit anderen Worten nachvollziehe und schlug vor, den Entschließungsantrag um die Unterpunkte II.2 und II.4 des Antrags der CDU-Fraktion zu ergänzen. Bernd Flessenkemper (SPD) betonte, der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie habe sich darauf zu konzentrieren, wie sich die Jugendhilfe einbringe. Die politische Intention seiner Fraktion unterscheide sich hier von der CDU-Fraktion. Friedrich Schepsmeier (SPD) ergänzte dies, er sehe Schwierigkeiten, da der Antrag ein landesweites Konzept zur Zusammenarbeit von Schule und Sportvereinen für die Ganztags-

betreuung fordere. Er wies darauf hin, daß es gerade im Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie um ein gleichgewichtiges Nebeneinander von Jugendhilfe und Schule gehe.

Da in der Diskussion keine Einigung zu erzielen war, wurde in der Abstimmung der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen (Drs. 12/2884) mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Im weiteren Sitzungsverlauf hat der Ausschuß über Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule beraten sowie den zur Mitberatung überwiesenen Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Qualifizierte Unterrichtsangebote für Migrantenkinder sichern und weiterentwickeln“ (Drs. 12/2552) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

## Kontrolleure geben Empfehlungen zur geplanten Novelle

*In mehreren Sitzungen hat der Ausschuß für Haushaltskontrolle (Vorsitzender Wilhelm Riebinger, CDU) in den letzten Monaten die Kritik des Landesrechnungshofs (LRH) am Vollzug des geltenden Kindertagesstättengesetzes (GTK) erörtert. Am 17. März sind die Beratungen zu einem Abschluß gekommen, den der Ausschußvorsitzende in einem Schreiben der Vorsitzenden des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie, Annegret Krauskopf (SPD), mitgeteilt hat. Es hat folgenden Wortlaut:*

Nach intensiven Beratungen der Vorlage des Landesrechnungshofs hat der Ausschuß für Haushaltskontrolle in seiner 23. Sitzung am 17. März 1998 einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Aufgrund der Berichte des Landesrechnungshofs, der Stellungnahme der Landesregierung und der Anhörung der kommunalen Spitzenverbände sowie der Landesjugendämter empfiehlt der Ausschuß für Haushaltskontrolle zur Novellierung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) folgende gesetzliche Regelung:

1. Dem Landesjugendamt als zuständige Behörde für die Betriebslaubnis und dem Landesrechnungshof ist ein Prüfungsrecht der von der Bezuschussung erfaßten Kosten (Betriebskosten und Investitionskosten) gesetzlich einzuräumen. Bis zu einer gesetzlichen Regelung ist die Bewilligung der Landeszuschüsse mit der Auflage des Prüfungsrechts des Landesrechnungshofs zu versehen.
2. Aufgaben und Finanzverantwortung sind möglichst zusammenzuführen.
3. Die Sachkosten sind von den Personalkosten abzukoppeln und zu pauschalieren.
4. Personalkosten sind nur bis zu der Höhe zu bezuschussen, wie ein nachvollziehbarer Bedarf besteht. Dabei ist auch die Zahl der pädagogisch zu betreuenden Kinder ebenso abzustellen wie auch die Zeit der Betreuung.
5. Für die Schaffung und den Erhalt von Kindertagesstätten ist auf den Bedarf abzustellen und eine zeitnahe Fortschreibung sicherzustellen.“



## Orden für Eckhold

*Der CDU-Landtagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende seiner Partei im Rat der Stadt Oberhausen, Dr. Heinz-Jörg Eckhold (Bild), ist auf Vorschlag des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Der Oberhausener Oberbürgermeister Burkhard Drescher überreichte in einer Feierstunde den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden. In seiner Laudatio erklärte Drescher in Oberhausen, er halte diese Ehrungen insgesamt für ausgesprochen wichtig. Sie seien ein Dankeschön des Staates an unverzichtbare Gestalter unseres Gemeinwesens. Er charakterisierte die Kommunalpolitik als „ein undankbares und aufopferungsvolles Betätigungsfeld“. Genau diesen Weg habe Heinz-Jörg Eckhold gewählt, als er 1959 in die CDU eingetreten sei und dort verschiedenste Funktionen ausgeübt habe. Zugleich sei auch sein Eintritt in die Kolpingfamilie erfolgt, der wiederum verbunden gewesen sei mit einer Vielzahl von Aufgaben im kirchlichen Bereich. In all dieser Zeit habe sich Dr. Eckhold der Sozialpolitik verschrieben und Akzente in der Familienpolitik gesetzt. Der Oberbürgermeister nannte den CDU-Fraktionsvorsitzenden im Rat „rein parlamentarisch einen meiner stärksten Widersacher“, und schloß: „Ich sage dies nicht ohne den nötigen Respekt.“*

*Foto: Kämper*



## Vietnam auf dem Weg zum Rechtsstaat

*Zu einer zehntägigen Informationsreise hielt sich eine Delegation des nordrhein-westfälischen Rechtsausschusses unter Leitung des Vorsitzenden Gunther Sieg (SPD) in der Sozialistischen Republik Vietnam auf. In der Hauptstadt Hanoi, gleichzeitig Verwaltungszentrum, und im Wirtschaftszentrum Ho Chi Minh-Stadt, früher Saigon, informierten sich fünf Abgeordnete über die Fortschritte Vietnams auf seinem Weg zum Rechtsstaat.*

Die Sozialistische Volksrepublik Vietnam zählt mit ihren 75 Millionen Einwohnern und ihrer unterentwickelten Infrastruktur zu den ärmsten Ländern der Welt. Das Wirtschaftssystem Vietnams war bis 1986 rein planwirtschaftlich ausgerichtet. Seitdem verfolgt die Regierung mit einer Politik der Marktöffnung im Sinne einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ eine Neuorientierung. Die Reformbemühungen erhielten einen zusätzlichen Schub, als quasi über Nacht 1991 die Exportmärkte für Industrieausfuhren wie Textilien in die osteuropäischen Staatshandelsländer wegbrachen. Die notwendige Förderung des Privatsektors hat nicht zuletzt angesichts ihrer Einbettung in die rasant entwickelte des südostasiatischen Wirtschaftslebens eine erstaunliche wirtschaftliche Dynamik freigesetzt.

Mit zeitlicher Verschiebung ist in Vietnam der Zusammenhang zwischen Wirtschaftsreform und grundlegender Reform des Rechtssystems erkannt worden. Wurden seit 1986 große Anstrengungen bei der Entwicklung einer marktwirtschaftsgerechten Gesetzgebung unternommen, so traf die Fülle des geschaffenen materiellen Rechts auf ein weitgehend unvorbereitetes und überfordertes Justizwesen.

Hier nun versucht Nordrhein-Westfalens Justiz seit mehreren Jahren zu helfen und unterstützt Vietnam beim Aufbau der Rechtsstaatlichkeit. Die Reise der Delegation des Rechtsausschusses hatte also mehrere Ziele. In erster Linie ging es um die Verbesserung der deutsch-vietnamesischen Beziehungen durch Gespräche mit Legislative, Exekutive und Judikative. Ferner sollten Erfahrungen zur Beurteilung des Stands der Aufbauarbeit beim Rechtssystem gesammelt und zudem die Effizienz der landesweit eingesetzten Ressourcen in Vietnam beurteilt werden.

Beim Besuch des Rechtsausschusses der Nationalversammlung erläuterte der stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses, Tran The Vuong, der Delegation die Aufgaben seines Gremiums. Grundsätzlich kommentiert der Rechtsausschuß alle Gesetz- und Verordnungsentwürfe der Regierung, bevor diese an die Nationalversammlung gehen. Zudem habe der Rechtsausschuß die Aufsicht über die Vollstreckung aller Urteile und nehme bei allen Rechtsangelegenheiten die Aufgaben wahr, die in Deutschland die Petitionsausschüsse erledigen. Derzeit werde besonders an der Abstimmung der jeweiligen Verfahrensvorschriften beim Zivil-, Handels- und Wirtschaftsrecht gearbeitet. Die Judikative muß, wie Vuong anmerkte, mit zu wenig Richtern, Staats- und Rechtsanwältinnen

die Verfahren bewältigen. Dieser Zustand wurde auch von Vertretern des Obersten Volksgerichts beklagt. Hinzu komme, daß vor allem in Zivilsachen die Anrufung der zweiten Instanz die Gerichte belastet. Diese resultiert aus für westliche Verhältnisse kaum vorstellbar niedrigen Gerichtsgebühren von an die fünf US-Dollar bei einer Revision. Bislang wird in Vietnam kein Streitwert festgesetzt, was jedoch aufgrund der zunehmenden Verfahren derzeit überlegt wird. Erstaunlich für die Delegation war, daß trotzdem ein Zivilprozeß nur etwa 45 Tage bis zum Urteil dauert und die zweite Instanz im Durchschnitt nur drei Monate in Anspruch nimmt.

Der vietnamesische Justizminister Nguyen Dinh Loc empfing die Delegation persönlich. Mit Überraschung quittierten die Mitglieder der Delegation, daß der Strafvollzug nicht im Justizministerium, sondern im Innenministerium ressortiert, vermutlich des-



*Die Delegationsmitglieder des Landtagsrechtsausschusses zusammen mit Dolmetscherin (r.) vor dem Obersten Volksgericht in Hanoi. Mit auf dem Bild (v. r.): Jan Kantorczyk von der Deutschen Botschaft, Ausschussassistent Hans-Georg Schröder, Ausschussvorsitzender Gunther Sieg (SPD), Christiane Bainski (GRÜNE), Wilhelm Droste (CDU), Gisela Gebauer-Nehring (SPD), Maria Theresia Opladen (CDU) und Ministerialrat Peter Busse vom Justizministerium des Landes.*

wegen, weil es neben den Haftanstalten für „normale“ Häftlinge auch Internierungslager für politische Gefangene gibt. In diesem Zusammenhang wurde das Thema Todesstrafe sowie die Situation der Menschenrechte in Vietnam angesprochen. Auf die Todesstrafe scheint man in Vietnam in absehbarer Zeit nicht verzichten zu wollen. So kennt das vietnamesische Strafrecht insgesamt 180 Delikte, davon 25, bei denen zwingend die Todesstrafe vorgesehen ist und auch nicht selten vollstreckt wird. Bei weiteren Gesprächen zu den Menschenrechten wurde berichtet, daß jemand bis zu zwei Jahre ohne Gerichtsverhandlung interniert werden kann, etwa nach einer regimiekritischen Veröffentlichung.

Interessant waren unter anderem die Ausführungen von Minister Loc zur außergerichtlichen Streitschlichtung, wo ja auch in Nordrhein-Westfalen derzeit neue Wege gesucht werden. In Vietnam gibt es aus alter Tradition heraus zahlreiche Schiedsstellen. Jeweils nur 30 bis 40 Familien werden von einer Schiedsstelle betreut. Dadurch ist gewährleistet, daß der Schiedsmann oder die Schiedsfrau die Personen und deren Lebensgewohnheiten kennt, wenn er einen Schiedsspruch fällen muß. Die Tätigkeit als Schiedsmann/frau ist freiwillig und wird von der dortigen Bevölkerung in hohem Maße akzeptiert.

Sehr beeindruckend war der Besuch bei der Rechtshochschule, vergleichbar mit einer Juristischen Fakultät. Sie umfaßt 480 Mitarbeiter, davon 260 Lehrkräfte, 6 000 Direktstudenten und 10 000 Fernstudenten. Zulassungskriterien zur Rechtshochschule sind ein dem Abitur vergleichbarer Schulabschluß, gesundheitliche Kriterien und das Bestehen einer Aufnahmeprüfung. Da in Vietnam noch ein enormer Bedarf an Juristen besteht und man daher mit guten Verdienstmöglichkeiten rechnet, herrscht großer Andrang. Von der Leitung wurde der Wunsch geäußert, mit einer nordrhein-westfälischen Juristischen Fakultät in Kontakt zu treten und Erfahrungen auszutauschen.

Nach den Tagen in Hanoi stand ein Wechsel nach Ho Chi Minh Stadt, das 2 000 km südlich gelegene Wirtschaftszentrum Vietnams, auf dem Programm. Rechtspolitisch interessierte das Stadtgericht von Ho Chi

Minh City, vergleichbar mit hiesigen Landgerichten. Das Stadtgericht, welches 1975 gegründet wurde, besteht aus sieben Abteilungen, davon fünf Kammern und zwei administrative Abteilungen. Pro Jahr werden rund 24 000 Prozesse geführt. Sehr beeindruckend war die Gelegenheit, an einer Verhandlung vor der Strafkammer teilzunehmen. Verhandelt wurde ein Verkehrsdelikt mit jugendlichen Beteiligten, die mit ihren Motorrädern einen folgenreichen Unfall verursacht hatten. Auffällig war, daß den Beschuldigten kein Anwalt zur Seite stand. Die Beschuldigten verteidigten sich selbst und antworteten unterwürfig auf die bohrenden Fragen der Richterinnen.

Bei dem anschließenden Meinungsaustausch mit Vertretern aller Kammern des Stadtgerichts wurde mitgeteilt, daß es in Ho Chi Minh City — geschätzt werden sechs bis sieben Millionen Einwohner — nur 171 niedergelassene Anwälte gibt. Nur wenige können sich finanziell eine anwaltliche Vertretung leisten. Bei Delikten, bei denen die Todesstrafe verhängt werden kann, wird ein Pflichtverteidiger gestellt. Für den Rechtsausschuß war interessant, wie Vietnam mit Korruptionsfällen umgeht. Wird ein Staatsdiener der Korruption überführt, so wird in der Regel die Höchststrafe, die Todesstrafe, verhängt; gleiches geschieht bei Drogenhandel.

## SPD-Fraktion

### Veränderte Anforderungen erfordern eine Reform

Für eine Reform der Lehramtsstudiengänge in Nordrhein-Westfalen hat sich der schulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Manfred Degen, ausgesprochen. „Veränderte Anforderungen an die Schule und der Wandel der Lebensbedingungen, der unzweifelhaft Auswirkungen auf das Lernen von Kindern und Jugendlichen hat, erfordern nach Auffassung aller Fachleute eine Veränderung der Lehrerbildung“, erklärte Degen.

Auch eine größere Eigenverantwortung für die Einzelschule werde der Frage nach einer Reform der Lehrerbildung einen zusätzlichen Schub geben. Für die Reform des Lehramtsstudiums sei es von grundlegender Bedeutung, frühzeitig einen länderübergreifenden Rahmen abzustimmen, erläuterte der nordrhein-westfälische Schulpolizist. Auf seine Initiative hin hätten deshalb die hochschul- und schulpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der SPD-Frakturen in den Ländern in dieser Woche beraten und sich auf gemeinsame Eckpunkte für eine Reform der Lehrerbildung verständigt, so Degen. Diese Eckpunkte lauten wie folgt:

- Die Ausbildung für alle Lehrer erfolgt im wissenschaftlichen Studium an den Universitäten.
- Es muß eine Stärkung der Erziehungswissenschaften und der Fachdidaktiken erfolgen. „Dabei ist auch grundlegend, das erziehungswissenschaftliche Studium besser an den Anforderungen der Schulpraxis auszurichten“, erläuterte Degen.
- Der Praxisbezug in der ersten Phase der Lehrerbildung muß ausgebaut werden.
- Es müssen geeignete Strukturen für die Kooperationen zwischen Schule und Hochschule geschaffen werden. „Hier hat Nordrhein-Westfalen mit der Einrichtung von Zentren für Lehrer/Lehrerinnen-Bildung an mehreren Hochschulstandorten bereits einen zukunftsweisenden Weg beschritten“, hob der NRW-Bildungsexperte hervor.
- Der Erwerb sozial- und sonderpädagogischer Grundqualifikationen soll für alle Lehramtsstudierenden Bestandteil der Ausbildung sein.
- Bei einer Reform der Lehrerbildung sei auch das Ziel zu verfolgen, die bislang vielfältige Zahl unterschiedlicher Lehrämter zu reduzieren. Wünschenswert sei, künftig nur noch zwei Lehrämter vorzusehen, die sich hinsichtlich des Alters der Schülerinnen und Schüler überlappen; z. B. ein Lehramt für Primarstufe und Sekundarstufe I sowie eines für Sekundarstufe I und II.

Degen kündigte an, daß die SPD-Fraktion bis Mitte des Jahres, nach Abstimmung mit dem Koalitionspartner, Eckpunkte für eine zukunftsorientierte Reform der Lehrerbildung in den nordrhein-westfälischen Landtag einbringen werde. „Auf dieser Grundlage wollen wir anschließend eine breite öffentliche Diskussion führen und unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse die Reform der Lehramtsstudiengänge in Nordrhein-Westfalen einleiten“, teilte Degen mit.

## CDU-Fraktion

### LfR-Rundfunkkommission lehnt Änderungsgesetz einstimmig ab

Als „schallende Ohrfeige für die rot-grüne Landesregierung“ hat die medienpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion NRW, Ruth Hieronymi, den einstimmigen Beschluß der LfR-Rundfunkkommission gegen das Neunte Rundfunkänderungsgesetz bezeichnet. In der Gesetzesnovelle hatten SPD und GRÜNE festgelegt, daß ab sofort 15 Prozent der Einnahmen der Landesanstalt für den Rundfunk (LfR) für den Bürgerfunk verwendet werden müssen. Die einhellige Ablehnung durch die Rundfunkkommission sei „auch als Hilferuf des nordrhein-westfälischen Lokalfunks zu verstehen, der dringend Unterstützung braucht und keine weitere Schwächung verträgt“, erklärte Ruth Hieronymi. „Obwohl 39 von 46 NRW-Lokalfunkstationen rote Zahlen schreiben, ist eine wirksame Zukunftssicherung für den Lokalfunk bei SPD und GRÜNE bisher auf taube Ohren gestoßen“, kritisierte die CDU-Medienexpertin.

Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt „das von allen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen getragene Votum der Rundfunkkommission, den bereits beschlossenen Haushalt der LfR für 1998 unverändert beizubehalten, um dem Lokalfunk nicht noch größeren Schaden zuzufügen.“

### Logopäden und Sprachheilpädagogen steuerlich gleichbehandeln

Die CDU-Landtagsfraktion hat die Landesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur steuerlichen Gleichbehandlung von Logopäden und Sprachheilpädagogen vorzulegen. „Die derzeit gültige Regelung ist völlig paradox und nicht sachgerecht. Es ist völlig unsinnig, daß Logopäden von der Umsatzsteuer befreit werden, während Sprachheilpädagogen, die die gleichen Leistungen erbringen, zur Umsatzsteuer herangezogen werden“, sagte der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Helmut Diegel. Diegel forderte als Sofortmaßnahme, bereits verhängte Steuerbescheide bis zu einer endgültigen Entscheidung ruhen zu lassen.

Bereits Mitte Januar hatte der Finanzausschuß des Bundestages einstimmig festgestellt, daß „die Befreiung der Sprachheilpädagogen von der Umsatzsteuer sachgerecht ist“. Die formalen Anforderungen dafür müssen in den Ländern geschaffen werden. Die CDU hatte im Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags einen entsprechenden Antrag gestellt, den die GRÜNE, entgegen ihrer vollmundigen Bekundungen, gemeinsam mit der SPD ablehnten. „Mit ihrer typischen Verweigerungshaltung nehmen SPD und GRÜNE Praxisschließungen in Kauf und gefährden damit einen ganzen Berufsstand“, kritisierte Diegel das Abstimmungsverhalten. Diegel kündigte an, daß die CDU unverzüglich einen eigenen Gesetzentwurf in den Landtag einbringen werde, um die Existenz der Sprachheilpädagogen zu sichern.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Neuer Abgeordneter in der GRÜNEN-Fraktion

Nach dem Ausscheiden von Dr. Manfred Busch ist nun Rüdiger Sagel nachgerückt. Rüdiger Sagel wurde am 9. August 1955 in Lünen geboren. Seine ersten zwanzig Lebensjahre verbrachte er im Ruhrgebiet, bis er 1976 sein Studium an der Universität Clausthal mit der Fachrichtung Bergbau aufnahm. 1977 wechselte er an die Technische Hochschule Aachen und legte dort im Jahre 1983 sein Diplom als Bergbauingenieur ab.

Seit 1984 arbeitete er unter anderem als Geschäftsführer der Hambach-Gruppe in Aachen, bei der Deutschen Projekt Union in Essen und in der Arbeitsgemeinschaft Betriebssozialarbeit. Zwischendurch engagierte er sich bei Projekten in Nicaragua. Seit 1995 leitete er das Regionalbüro Münsterland des GRÜNEN Bundestagsabgeordneten Winni Nachtwei. Im Jahre 1989 wurde Rüdiger Sagel Mitglied der Grün-Alternativen-Liste in Münster, seit 1993 ist er Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Er ist seit 1994 Mitglied im Rat der Stadt Münster und wirtschaftspolitischer Sprecher der GRÜNEN Ratsfraktion.

Seine fachpolitischen Schwerpunkte sind Steinkohle, Strukturwandel (in den Kohleregionen und im Münsterland) und Energiepolitik. Dabei nimmt die Anti-Atom-Politik einen ganz besonderen Stellenwert ein.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

## Personalien

**Heinz Hunger** (SPD), Landtagsabgeordneter, begeht am 21. April seinen 60. Geburtstag. Der gelernte Buchbinder, geboren in Vilsendorf, gehört seit 1956 der SPD an. Seit 1967 ist er Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks Bielefeld. Von 1985 bis 1990 hatte er auch den Vorsitz des SPD-Unterbezirks seiner Heimatstadt Bielefeld inne. Heinz Hunger ist Mitglied des Bundesparteirates der SPD. Von 1966 bis 1989 gehörte er dem Rat der Stadt Bielefeld an und war dort ab 1969 Fraktionsgeschäftsführer. Mitglied des Landtags ist er seit 1980 und gehört im Parlament als ordentliches Mitglied dem Ausschuß für Städtebau- und Wohnungswesen sowie dem Verkehrsausschuß an. Heinz Hunger ist verheiratet und hat zwei Kinder.

★

**Marie-Luise Fasse** (CDU), Landtagsabgeordnete, begeht am 30. März ihren 50. Geburtstag. Die Politikerin aus Rheinberg, in Dülmen geboren, war von 1968 bis 1978 Energieberaterin bei Energieversorgungsunternehmen. Der CDU gehört sie seit 1982 an. Seit 1989 ist sie Mitglied des Bezirksvorstandes Niederrhein, seit 1994 Mitglied des Rates der Stadt Rheinberg. 1994 und 1995 war sie zudem Mitglied des Kreistages Wessel. Dem Landtag gehört Frau Fasse seit 1995 an. Sie ist ordentliches Mitglied im Ausschuß für Frauenpolitik, im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz sowie im Verkehrsausschuß. Die Abgeordnete ist verheiratet und hat ein Kind. Ebenfalls ihr 50. Lebensjahr vollendet die CDU-Landtagsabgeordnete **Maria Theresia Opladen** am 6. April. Die Politikerin aus Bergisch Gladbach stammt aus Engelskirchen. Sie studierte nach dem Abitur 1966 in Bonn und Tübingen Rechts- und Staatswissenschaften und ist selbständige Rechtsanwältin. Der CDU gehört sie seit 1969 an, seit 1994 ist sie Mitglied im Landesvorstand ihrer Partei. Seit 1994 sitzt sie im Rat der Stadt Bergisch Gladbach und ist dort Bürgermeisterin. Dem Landtag gehört Frau Opladen seit 1990 an. Sie arbeitet als ordentliches Mitglied im Ausschuß für Innere Verwaltung sowie im Rechtsausschuß mit. Die Abgeordnete ist verheiratet und hat drei Kinder.

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.  
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
 Postfach 101143, 40002 Düsseldorf  
 Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
 Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner  
 (Redakteurin), Telefon: (0211) 8 84 23 03,  
 8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: \*56801#, FAX  
 8 84 30 22  
 Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag  
 intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher  
 des Landtags  
 Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parla-  
 mentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt  
 MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer,  
 Ute Koczky (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvor-  
 stands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent;  
 Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Sabine  
 Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin  
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
 Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Ver-  
 lag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (0211) 3 86 36 26  
 ISSN 0934-9154  
 Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>  
 LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend her-  
 gestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche

*Anders als seine damaligen Schulka-  
 meraden beteiligte sich Friedhelm  
 Lenz rege an den politischen Diskus-  
 sionen im Elternhaus. So trat der heuti-  
 ge Kölner Landtagsabgeordnete denn  
 auch bereits mit 18 Jahren in die SPD  
 ein. „Nach 18 Jahren CDU-geführter  
 Bundesregierung wollten wir es besser  
 machen“, erinnert er sich.*

*Bevor der in Rauschendorf/Siegkreis  
 gebürtige Sozialdemokrat, Jahrgang  
 1945, etwas „verändern“ konnte, muß-  
 te er allerdings die typische „Parteikar-  
 riere“ absolvieren. Sie führte über den  
 stellvertretenden Distrikt-Kassierer  
 und stellvertretenden Ortsvorsitzen-  
 den in Porz schließlich in den Unterbe-  
 zirksvorstand Köln, dem er heute noch  
 angehört.*

*Wie für so viele seiner Fraktionskolle-  
 gen begann auch für Friedhelm Lenz  
 die politische Tätigkeit im kommunalen  
 Bereich. 1978 zog er in den Kölner  
 Stadtrat ein und gehörte zehn Jahre  
 lang dem Fraktionsvorstand an.  
 Schwerpunkte des kommunalen Wir-  
 kens waren die Allgemeine Verwaltung  
 und Ausländerfragen. Nach einem ent-  
 sprechenden Beschluß des Kölner  
 SPD-Unterbezirks, der Doppelmandate  
 verbietet, mußte der Sozialdemokrat  
 1994 den Ratssitz räumen. Heute be-  
 dauert er das damalige Votum seiner  
 Parteifreunde, könnte man doch mit  
 den im Landtag wie im Stadtrat erwor-  
 benen Kenntnissen und Kontakten er-  
 folgreicher kommunale Interessen ver-  
 treten.*

*Auf Vorschlag der Porzer Sozialdemo-  
 kraten kandidierte Friedhelm Lenz bei  
 der letzten Landtagswahl 1995 im  
 Wahlkreis Köln II und erreichte 46 Pro-  
 zent der Stimmen für seine Partei. Die  
 Fraktion berief ihn in den Ausschuß für  
 Innere Verwaltung, den Petitionsaus-  
 schuß und den Ausschuß Eine-Welt  
 und Europa.*

*Nach 16jähriger Tätigkeit im Kölner  
 Stadtrat reizte ihn das neue parlamen-  
 tarische Wirkungsfeld. Und das um so  
 mehr, weil viele kommunale Probleme  
 nur mit Hilfe des Landes zu lösen seien.  
 Sei es der Wohnungs- oder Straßen-  
 bau, überall habe das Land mit seinen  
 Zuschüssen „die Finger im Spiel“. Zu-  
 dem ist der Sozialdemokrat seit 1964  
 bei den Stadtwerken Köln tätig, zuletzt  
 in der Abteilung Konzernplanung und  
 Konzernstrategie.*

*Der Innenausschuß im Landtag zählt  
 zu den Wunschausschüssen des  
 Abgeordneten, sieht er doch die innere  
 Sicherheit als das nach der Bekämp-  
 fung der Arbeitslosigkeit wichtigste in-  
 nenpolitische Thema. „Die Menschen*



Friedhelm Lenz (SPD)

*haben Angst vor der Kriminalität und  
 der Überfremdung, und die Politik muß  
 diese Sorgen ernst nehmen.“ Je länger  
 der Sozialdemokrat in diesem Gremi-  
 um tätig ist, desto größer wird seine Er-  
 kenntnis, daß das Verbrechen nur in  
 enger Zusammenarbeit zwischen allen  
 europäischen Ländern erfolgreich  
 bekämpft werden kann – „sonst wer-  
 den wir von der organisierten Krimina-  
 lität überrollt“. Europol hält er daher für  
 besonders wichtig.*

*Das arbeitsintensivste Gremium ist für  
 den Parlamentarier der Petitionsaus-  
 schuß, dem er aber sehr gern ange-  
 hört. Man könne dort dem Bürger  
 noch direkt helfen, sich mit dessen per-  
 sönlichem Schicksal unmittelbar be-  
 schäftigen. Der Ausschuß werde nach  
 seiner Einschätzung von den Kommunal-  
 verwaltungen sehr ernst genom-  
 men, so daß die Erfolgsquote entspre-  
 chend hoch sei. „Dort, wo offensichtli-  
 ches Unrecht entstanden ist, kann  
 auch geholfen werden.“*

*Neben seiner parlamentarischen Tätig-  
 keit hat der Kölner noch eine andere  
 Wirkungsstätte: Er ist Präsident der  
 SpVg Porz, eines Vereins, „aus dem  
 Nationalspieler hervorgegangen sind“,  
 wie der 52jährige nicht ohne Stolz be-  
 merkt. Die Jugendarbeit liegt ihm be-  
 sonders am Herzen. Die SpVg besitzt  
 inzwischen 18 Jugendmannschaften.  
 Wenn Politik und Sport es zeitlich  
 ermöglichen, besucht der Abgeordne-  
 te gerne die Oper und Philharmonie.  
 Aber auch längere Wanderungen die-  
 nen der Entspannung.*

Jochen Juretko

*(Das namentlich gekennzeichnete „Por-  
 trät der Woche“ ist Text eines jeweiligen  
 Gastautors und muß nicht immer mit  
 der Meinung der Redaktion überein-  
 stimmen)*

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Vom 26. März bis 26. April 1998

- 26.3. **Irmgard Schmid** (SPD), 53 J.  
 29.3. **Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU), 63 J.  
 30.3. **Marie-Luise Fasse** (CDU), 50 J.  
 30.3. **Helmut Diegel** (CDU), 42 J.  
 31.3. **Dr. Manfred Dammeyer** (SPD), 59 J.  
 31.3. **Ulrich Schmidt** (SPD), 56 J.
- 1.4. **Christian Weisbrich** (CDU), 56 J.  
 1.4. **Heidmarie Berger** (SPD), 54 J.  
 2.4. **Annelie Kever-Henseler** (SPD), 51 J.  
 2.4. **Jarka Pazdziora-Merk** (SPD), 49 J.  
 4.4. **Gabriele Sikora** (SPD), 48 J.  
 6.4. **Maria Theresia Opladen** (CDU), 50 J.  
 7.4. **Bärbel Wischermann** (CDU), 54 J.  
 8.4. **Manfred Kuhmichel** (CDU), 55 J.  
 8.4. **Johannes Pflug** (SPD), 52 J.  
 9.4. **Wolfram Kuschke** (SPD), 48 J.  
 16.4. **Elke Talhorst** (SPD), 53 J.  
 17.4. **Gisela Ley** (SPD), 58 J.  
 19.4. **Wilhelm Riebinger** (CDU), 55 J.  
 20.4. **Heinz Schleußer** (SPD), 62 J.  
 20.4. **Lothar Hegemann** (CDU), 51 J.  
 21.4. **Heinz Hunger** (SPD), 60 J.  
 21.4. **Anne-Hanne Siepenkothen** (CDU), 49 J.  
 23.4. **Charlotte Kann** (SPD), 61 J.  
 25.4. **Silke Mackenthun** (GRÜNE), 36 J.  
 26.4. **Alfons Löseke** (CDU), 66 J.

★  
**Ute Koczy** (GRÜNE), Landtagsabgeordnete, ist auf Vorschlag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN vom Landtag als Mitglied des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) beim Europarat benannt worden. Dieser Kongreß umfaßt derzeit 286 Mitglieder und die gleiche Zahl an Stellvertretern, wovon auf die Bundesrepublik Deutschland 18 Sitze entfallen. In der dritten Amtszeit des Kongresses, die am 26. Mai beginnt, stellt Nordrhein-Westfalen ein Mitglied des Kongresses. Bisher verfügte NRW auch über ein stellvertretendes Mitglied. Dieses Amt hatte Frau Koczy seit April 1996 inne. Sie löst nun den Landtagsabgeordneten und Kölner Oberbürgermeister **Norbert Burger** (SPD) als ordentliches Mitglied ab.

★  
**Gisela Nacken** (GRÜNE) ist bei Vorstandswahlen ihrer Fraktion mit 19 Stimmen bei zwei Enthaltungen und einer Gegenstimme als Fraktionssprecherin bestätigt worden. **Roland Appel** setzte sich als Fraktionssprecher mit 14 zu acht Stimmen gegen den Abgeordneten **Daniel Kreutz** ebenfalls durch. Zur neuen Parlamentarischen Geschäftsführerin der GRÜNEN-Fraktion wurde **Sylvia Löhrmann** mit 13 zu zehn Stimmen gegen die Abgeordnete **Ingrid Fitzek** gewählt. Diese Neuwahl war notwendig geworden, weil der bisherige Geschäftsführer **Dr. Manfred Busch** sein Landtagsmandat niedergelegt hat. Bei der Wahl weigerte sich der linke Fraktionsflügel, die beiden verbleibenden Vorstandsposten zu besetzen, weil seine Kandidaten zuvor bei der Wahl des Fraktionssprechers und der Parlamentarischen Geschäftsführerin keine Mehrheit erhielten. Die Wahl wurde abgebrochen.

Wegen der Osterpause erscheint die nächste Ausgabe von „Landtag intern“ erst wieder am 28. April 1998.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Denkmal mit Hammer und Amboß

„Schlottsched“ heißt der ehrene Geselle mit Hammer und Amboß, der seit Dezember 1994 vor dem Rathaus im niederbergischen Heiligenhaus Posten bezogen hat. Die Sparkasse hat das Denkmal gestiftet und ein einheimischer Künstler hat es gestaltet. Der „Schlottsched“ ist ein Symbol — eine Inschrift weist darauf hin — für die seit 1680 in Heiligenhaus ansässige Schloß- und Beschlagindustrie. In den 60er Jahren dieses Jahrhunderts entfielen 20 Prozent der bundesdeutschen Herstellung an Baubeschlägen auf Heiligenhaus. Nach dem Zweiten Weltkrieg gewann auch die Elektroindustrie an Bedeutung. Der Ort hat seit 1947 Stadtrechte. 1997 war daher Jubiläumsjahr. Es wurde gleich ein Doppeljubiläum gefeiert: 50 Jahre Stadt und 100 Jahre selbständige Gemeinde. Heiligenhaus liegt 170 Meter über dem Meeresspiegel auf einem von den Geographen sogenannten „Höhenriedel“ zwischen Angerbach und Ruhr. Wuppertal, die Metropole des Bergischen Landes, ist 14 Kilometer entfernt. Über drei Kilometer erstreckt sich die Achse des Ortes an einem ehemaligen Höhenweg, dem „Heiligen Weg“, einer alten Heerstraße, die von Kaiserswerth, heute bei Düsseldorf, über Heiligenhaus und Velbert nach Kupferdreh, heute bei Essen, führte. Die waldreiche Umgebung an den Ausläufern des Bergischen Landes bietet Möglichkeiten zu ausgedehnten Wanderungen durch das Angertal und das Vogel-sangbachtal am Nordrand von Heiligenhaus, wo der Wanderweg zum alten Herberger Kalkofen führt. Aus dem anstehenden Sandstein mit seinen Crinoidenkalkbänken wurde Material für die Kalkbrennerei gewonnen.